

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 M., monatlich 50 Pf., ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Komposition ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 7. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Mordanschlag auf Scheidemann.

Die Rechtspresse amüsiert sich.

Die Fabel vom Wolf, der sich verteidigte, ehe man ihn anlagte, und sich dadurch selbst als Läter entlarvte, steht einem wieder vor Augen, wenn man die Kommentare der deutschen nationalen Presse zu dem Attentat auf Scheidemann liest.

Wenn man aber durch die höhnischen und giftigen Kommentare die vergnügt und boshaft grinsenden Gesichter ihrer Verfasser erblickt, dann kann auch der argloseste Mensch nicht im Zweifel sein, aus welcher Richtung auch diesmal wieder der Wind gepfeifen hat.

Der Mord mit der Kugelfeder. Von der moralischen Minderwertigkeit, die sich hier auf anderthalb Spalten austobt, können hier nur ein paar Proben gegeben werden:

„Nimmt man selbst den schlimmsten Fall an, daß es sich wirklich um Blausäure gehandelt hat, dann weiß jeder einigermaßen in solchen Dingen Bemerkende, daß Herrn Scheidemann kaum viel anderes hätte zustofen können, als eine kleine persönliche Unbequemlichkeit.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schafft freilich selbst eine Parallele. Unwillkürlich denkt man an die Biheleien, mit denen die Rechtspresse das erste mißglückte Attentat auf Erzberger begleitete, an die gemüthlichen Redewendungen über den „Kugelnorden, aber nicht Kugelsicherer“ Erzberger.

Während also die „Deutsche Tageszeitung“ das Attentat als solches höchst „amüsiert“ findet, entdeckt sie doch noch einen Punkt, der ihre ernste Entrüstung erregt, nämlich daß Genosse Scheidemann gewagt hat, sich gegen den Mordbuben zur Wehr zu setzen:

Aber der Vorfall vom ersten Pfingsttag hat neben diesen im wesentlichen komischen auch seine ernstesten Seiten, und die beginnen da, wo man erfährt, daß Herr Scheidemann mit seiner Mehrschußpistole zweimal hinter dem Täter hergeschossen hat.

Diese Entrüstung über die Notwehr eines auf Tod und Leben Angegriffenen — ein klarerer Fall von Notwehr ist kaum theoretisch zu konstruieren — teilt auch die „Tägl. Rundschau“, sie schreibt:

Nachdem der alberne Bubenstreich, abgesehen von einem offensichtlichen Nervenschreck, völlig ohne Folgen geblieben ist und Scheidemann keinerlei Verletzungen davongetragen hat, erscheint bei dem ganzen Vorgang nur das eine noch erwähnenswert, nämlich daß Scheidemann sich offenbar im Besitz eines Waffenscheins befunden hat, und daß er von seiner Waffe bedenkenlos und blindlings Gebrauch gemacht hat.

Wenn es in diesem Tempo mit der deutschnationalen

Presse weitergeht, so werden die heute üblichen Bezeichnungen für niedrige Gesinnung in kurzer Zeit aus der deutschen Sprache verdrängt sein, weil sie nicht genügend bildkräftig sind. Man wird dann die Gipfelpunkte der Infamie, Verlogenheit und Lumperei kurz und treffend mit dem Attribut „deutschnational“ bezeichnen.

„Selbst wenn der Täter aus dieser Umgebung hervorgegangen wäre, würden wir in seiner Handlungsweise immer nur die Tat eines einzelnen sehen, dessen Verstand nicht ausreichte, um den Irrsinn seines Unternehmens zu erkennen.“

Also der „geistestränke“ Otto v. Hirschfeld in Neuausgabe! Selbstsam, fettfam, daß die deutschnationalen „Jedens-Jünglinge“ allesamt geistig anormal oder gemeine Leichenfledderer wie der Leutnant Krull sind!

„Der Geist, aus dem heraus Erzberger ermordet wurde, ist immer noch lebendig. Nachdem Erzberger den Mordtugeln zum Opfer fiel, ist der Kaffee Oberbürgermeister einer der bestgehüteten Männer in Deutschland. Der Verdacht läßt sich nicht von der Hand weisen, daß der Mordplan in dem verwirrten Gehirn eines „Heddenjünglings“ vom Schlage der Hirschfelds, Allessen und Schult entstanden ist.“

Die deutsche Linkspresse verurteilt natürlich das Attentat auf das schärfste und ist sich darüber einig, daß der Attentäter ein Werkzeug der rechtsradikalen Hezer und Mordanstifter ist. Darüber muß ja auch der letzte Zweifel fallen, wenn man sieht, daß die Rechtspresse den Täter bis zu dem Punkte schützt, daß sogar die Gegenwehr gegen den versuchten Mord ihre Beurteilung findet.

Eine seltsame Rolle spielt nun wieder die „Rote Fahne“, der das Attentat peinlich ist, weil es selbst ihre Anhänger darüber aufklären muß, daß von dem „Einverständnis der Sozialdemokratie mit den Reaktionen“, wovon die „Rote Fahne“ alltäglich ihren Lesern etwas vorzählt, doch wohl nicht die Rede sein kann.

Die tödliche Kraft der Blausäure. Das Attentat auf Scheidemann — unbedingt tauglicher Versuch.

Ueber die verheerend tödliche Kraft des Blausäuregiftes und die große Gefahr, in der Genosse Scheidemann infolge des Attentats geschwebt hat, macht uns ein medizinischer Sachmann, unser Landtagsabgeordneter Dr. med. Alfred Brner, folgende lehrreiche Ausführungen:

Die Blausäure ist als Mittel der Tötung aus Kriminalromanen und aus der älteren medizinischen Literatur sehr bekannt. Tatsächlich

aber wird dieses Gift nur selten zu Morden benutzt. Der eine Grund ist, daß dieses Gift sich im Reichthum des Getöteten sofort nachweisen läßt, der andere, daß dieses ungemein stark wirkende Gift schon in den allergeringsten Konzentrationen durch den Geruch wahrgenommen wird.

Sollte der Täter tatsächlich reine oder stark konzentrierte Blausäure verwendet haben, so würde damit für die polizeilichen Ermittlungen ein Wink gegeben sein, der schnell zur Entdeckung des Täters führen müßte.

Ob tatsächlich bei dem Attentat reine oder stark konzentrierte Blausäure angewendet wurde, lassen die bisherigen Berichte noch nicht erkennen. Wenn die Zeitungen von einem schnellen Verdampfen des Giftes schreiben, so würde dieser Umstand wohl zunächst mit der Annahme reiner oder stark konzentrierter Blausäure im Einklang stehen.

Wahrscheinlicher ist es daher, daß eine Lösung — sei es eine wässrige, ätherische oder alkoholische — verwendet wurde. Immerhin gehört auch eine derartige Lösung zu den sichersten Mitteln, um schnell zu töten.

Alles in allem muß man sagen: Wenn auch Genosse Philipp Scheidemann mit dem Leben davonkam und uns erhalten blieb, so waren doch die Bedingungen, unter denen der Täter arbeitete, an sich so sichere, daß bei ihm ein unbedingter Tötungsvorfaß angenommen werden muß.

# Protest der Kasseler Arbeiter.

Scheidemann wird sprechen.

Kassel, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Kasseler Presse verurteilt einmütig das Attentat auf Scheidemann. Auch das deutschnationale Blatt, das bisher tagtäglich in der übelsten Art gegen Scheidemann heulte, verurteilt — wie die Mehrheit der deutschnationalen Presse nach außen hin zu gegebener Zeit Kassenjammer zum Ausdruck bringt, wenn es zu spät ist — den Ueberfall und spricht die Hoffnung aus, daß man des Täters bald habhaft wird.

Zum Protest ruht am Mittwoch nachmittag von 12 bis 1 Uhr die Arbeit in sämtlichen Betrieben Kassels. Die Arbeiter verbleiben auf der Arbeitsstätte. Für 4 Uhr ist eine große Protestkundgebung angesagt, in der Landtagsabgeordneter Hauschildt sprechen wird. Danach werden die Arbeiter vor das Rathaus ziehen. Dort wird Scheidemann sprechen.

Der Täter noch unentdeckt.

Die Meldungen über die Nachforschung nach dem Täter lassen bisher leider nur erkennen, daß es noch nicht geglückt ist, seiner habhaft zu werden oder auch nur seine Person festzustellen. Die amtliche Untersuchung der gegen Scheidemann gespritzten Flüssigkeit hat ergeben, daß sie aus einer aufgelösten Blausäure bestand, deren Wirkung tödlich ist, wenn sie auch nur in ganz geringen Mengen eingeatmet wird. Genosse Scheidemann, der glücklicherweise das Gas nicht eingeatmet hat, ist wieder vollständig hergestellt. Es ist auch nicht zu befürchten, daß gesundheitsschädliche Folgen zurückbleiben.

Das rätselhafte Verschwinden des Täters zwingt unbedingt zu dem Schluß, daß auch dieses Attentat sehr sorgfältig vorbereitet und die Flucht des Täters von anderen Personen unterstützt wurde.

## Scheidemann als Hohenzollernretter.

Während die Rechtspresse in Genossen Scheidemann den Mann sieht, der die Republik ausgerufen hat, setzt die „Freiheit“ ihren Lesern auseinander, daß er nie an etwas anderes gedacht habe, als daran, die Monarchie zu retten. Und das hängt so zusammen: Im „Demokratischen Wochenblatt“ hat Graf Bernstorff erzählt, Prinz Max, der ihn Ende Oktober 1918 nach Berlin berufen hatte, sei von der guten Pflicht geleitet gewesen, den Hohenzollern den Thron zu retten; er habe die Abdankung des Kaisers und den Verzicht des Kronprinzen verlangt, damit der älteste Sohn des Kronprinzen zum Kaiser und er selbst zum Reichsverweser ausgerufen werden könnte. Aber durch das Zögern Wilhelms II. sei dieser Plan vereitelt worden.

Daraus nun, daß Scheidemann Staatssekretär im Kabinett des Prinzen war, schlussfolgert die „Freiheit“ scharfsinnig, daß er gleichfalls nichts anderes wollte, als die Dynastie retten. Nun wird er sicher nicht ohne Mitwissen der Parteileitung gehandelt haben, also ist bewiesen, daß die SPD. nichts anderes als eine Leibgarde der Hohenzollern gewesen ist (und wahrscheinlich ist sie es noch). „Es bleibt“, sagt die „Freiheit“ — wir zitieren wörtlich, damit niemand glaubt, es handle sich nur um einen Akt — „nur der Schluß übrig, daß die Sozialdemokratische Partei vor der Novemberrevolution mit dem Prinzen Max die Monarchie retten wollte. Daher erklärt sich auch ihre Stellung gegen den 9. November und alle revolutionären Regungen des Proletariats während der Kriegszeit.“

Auf die Gefahr hin, daß die „Freiheit“ daraus ein „Gesandnis“ macht, müssen wir erklären: Die Partei, und mit ihr Scheidemann, hat während des Kriegs und nach der Waffenstillstandsbitte der O.H.V. tatsächlich an nichts anderes als an die Rettung des deutschen Volkes gedacht. Ob dabei die Hohenzollern auf dem Thron sitzen blieben oder ob sie herunterfielen, war ihr zunächst ziemlich gleich-

gültig. Politische Einstellung auf die Verteidigung, Verzicht auf alles blöde Annegionsgeschwätz, parlamentarische Demokratie im Innern, das hielt sie zur Rettung für notwendig, und das hat sie auch angestrebt. Sie hat zugleich dafür gesorgt, daß die Dolchstoß-Lüge eine Lüge blieb, was der „Freiheit“ heute auch ganz angenehm ist. Die Frage „Republik oder Monarchie“ blieb offen, solange nicht die Entscheidung im Süden gefallen war. Würde der Norden Republik und blieb der Süden Monarchie, so drohte der Zerfall des Reiches vor Abschluß des Friedens! Als der Süden republikanisch geworden, war die Bahn klar; jetzt war die Ausrufung der Reichsrepublik die gegebene Lösung, die dann auch prompt am 9. November durch Genossen Scheidemann erfolgte.

Vielleicht begreift jetzt sogar die „Freiheit“, daß die neue Version, die Sozialdemokratische Partei habe „die Monarchie retten wollen“, eine ebenso große Unwahrheit ist wie die umgekehrte: nämlich die Legende vom „Dolchstoß“.

## Glückwünsche an Scheidemann.

Kassel, 6. Juni. (M.T.B.) Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages erhielt Oberbürgermeister Scheidemann zahlreiche Glückwunschtelegramme zum Wähltag des Anstalts aus allen Teilen des Reiches und auch aus dem Ausland. Sie stammen zu einem erheblichen Teil von Privatpersonen, vielfach aber auch von Organisationen, Zeitungsredaktionen und Behörden. Weiter gingen dem Oberbürgermeister aus der Stadt Blumenpenden in großer Zahl zu.

## Die Opfer der Arbeit.

9338 Tote, 591922 Verwundete, das ist die Jahresbilanz der reichsgegliederten Unfallversicherung für das Jahr 1920, deren Rechnungsergebnisse jetzt in den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ veröffentlicht werden. Dabei muß das Jahr 1920 noch als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden. Die Zahl der Verletzten, also der in versicherungspflichtigen Betrieben Beschäftigten, hat sich wieder erheblich erhöht und gleichzeitig hat sich die Unfallhäufigkeit vermehrt, aber gleichwohl entfallen die trostlosen Zahlen des Berichtes dem, der sie mit Verständnis liest, ein Meer von Sommer und Elend.

Als Träger der reichsgegliederten Unfallversicherung kamen im Jahre 1920 in Betracht 67 (im Jahre 1919: 68) gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 804711 (801706) Betrieben und durchschnittlich 9537350 (8529095) versicherten Personen, 45 (49) landwirtschaftliche Genossenschaften mit schätzungsweise ermittelten 5079777 Betrieben und 16015000 versicherten Personen und 185 (191) staatliche und 343 (380) gemeindliche Ausführungsbehörden mit 1308191 (1427235) versicherten Personen. Insgesamt dürften etwa 23,5 Millionen Menschen der reichsgegliederten Unfallversicherung unterstehen. Genaue Zahlen lassen sich nicht gewinnen, da die Angaben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auf Schätzung beruhen und außerdem etwa 3,8 Millionen Personen gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind und doppelt erscheinen.

Im Gesamtbereich aller Versicherungsträger wurden im Jahre 1920 591922 (1919: 575474) Unfälle gemeldet. Von diesen wurden 93798 (96073) als entfähigungspflichtig anerkannt. Das sind die schweren Unfälle, deren Folgen nach 13 Wochen noch nicht beseitigt waren. Tödliche Unfälle wurden 9338 (10189) gezählt und in 649 (609) Fällen mußten die in der Beurteilung der Unfallfolgen sehr zurückhaltenden Versicherungsträger anerkennen, daß der Verletzte dauernd völlig erwerbsunfähig ist. Die Getöteten hatten 15130 (17677) versorgungsberechtigte Hinterbliebene (Witwen, Kinder, Enkel und Verwandte ausstehender Linie).

So grauhaft diese Zahlen sind, so muß doch anerkannt werden, daß sie wesentlich günstiger sind als die für die vorausgegangenen Jahre. Während der Kriegsjahre hatte die Unfallhäufigkeit eine starke Steigerung erfahren. Das war erklärlich. An die Stelle der

geübten, mit den Betriebsgefahren vertrauten Arbeiter traten in steigendem Maße weibliche, jugendliche und sonst ungeeignete Arbeitskräfte. Die Folge war ein Anwachsen der Unfallhäufigkeit im allgemeinen und eine rapide Zunahme der schwerverletzten Frauen und jugendlichen Arbeiter. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war im Jahre 1918 erreicht. Bei den gewerblichen Berufs-genossenchaften, bei denen sie sich am besten verfolgen läßt, war die Zahl der Vollarbeiter (für je 300 Arbeitsschichten wird ein Vollarbeiter gerechnet) von 9476233 im Jahre 1913 auf 6943688 im Jahre 1918 zurückgegangen. In der gleichen Zeit war die auf 1000 Vollarbeiter bezogene Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle von 7,91 auf 9,10 gestiegen. Alter und Geschlecht wird für die Beschäftigten nicht nachgewiesen, wohl aber für die erstmalig Entschädigten. Von 1913 bis 1918 ist gestiegen die Zahl der schwerverletzten Arbeiterinnen über 16 Jahre von 2947 auf 10351; die der männlichen Jugendlichen von 2550 auf 4038, der weiblichen Jugendlichen von 301 auf 758. Diese Zahlen lassen einen Schluß zu auf den Umfang, in dem weibliche und jugendliche Arbeiter während der Kriegszeit zu gefährlichen Verrichtungen herangezogen wurden.

Nach dem Kriege ist eine fortschreitende Besserung eingetreten. Die Zahl der Vollarbeiter ist auf 7486462 im Jahre 1919 und auf 8447565 im Jahre 1920 gestiegen. Im Jahre 1919 kamen noch 8,02, im Jahre 1920 nur 6,33 entschädigungspflichtige Unfälle auf 1000 Vollarbeiter. Unter den Verletzten waren 2602 männliche und 239 weibliche Jugendliche und 4038 erwachsene Arbeiterinnen. Im Jahre 1920 dürften die geübten Arbeitskräfte wieder auf ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt gewesen sein, aber ein gut Teil der Plätze bei gefährlichen Verrichtungen, die früher von Männern besetzt waren, haben sich die Frauen dauernd erobert mit dem Erfolg, daß die Zahl der schwerverletzten Frauen von 2947 im Jahre 1913 auf 4038 im Jahre 1920 gestiegen ist.

Die Träger der Unfallversicherung rühmen sich gern der großen Summen, die sie alljährlich an Entschädigungen zahlen. Im Jahre 1920 wurden wiederum 279169370 M. an Entschädigungsbeiträgen gezahlt. Der wichtigste Ausgabeposten sind die Renten an Verletzte, die bei allen Versicherungsträgern zusammen 170039330 M. ausmachen. Diese Summe verteilt sich jedoch auf 774003 Personen. Im Durchschnitt beträgt also eine Unfallrente jährlich 219,48 M. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften ist der durchschnittliche Jahresbetrag einer Rente 294,56 M., bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gar nur 104,49 M. Die geübliche Entschädigung, welche die Verletzten als Ersatz für die eingetragene Erwerbsfähigkeit erhalten, ist also lächerlich gering. Um so notwendiger ist es, daß alles getan wird, um die Zahl der Opfer, die alljährlich auf dem Schlachtfeld der Arbeit gebracht werden, einzudämmen. Auf diesem Gebiete gibt es noch sehr viel zu tun.

## Demokratischer Reichsjugendtag.

Kassel, 6. Juni (M.T.B.). Der Reichsbund der Deutsch-Demokratischen Jugendvereine veranstaltete zu Pfingsten in Kassel einen Reichsjugendtag. Am Sonntag vormittag fanden in zwei großen Sälen der Stadt vaterländische Feiern für die besetzten und abgetrennten Gebiete im Osten und Westen statt. Im Anschluß daran tagten die verschiedenen Gau- und Landesverbände. Am Sonntag abend fand im großen Saal der Stadthalle ein Festabend statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Oberpräsident Schwander begrüßte die jungen Gäste. U. a. sprach Frau Dr. Gertrud Bäumer unter stürmischen Beifall. Sie gab ihren Zuhörern ein einträgliches Bild der deutschen Demokratie. Von der Stadthalle begab sich sodann ein langer Fackelzug nach dem Friedrichsplatz, wo die Fackeln unter Abmägen vaterländischer Lieder zusammengeführt wurden. Am Montag führte ein Sonderzug die Teilnehmer zum Dornberg, wo Junge Führer der Bewegung sprachen. Die Laugung fand am Montag abend ihren Abschluß mit einer feierlichen Wimpelweihe. Sie war überaus stark aus allen Teilen des Reiches und auch von jungen Demokraten aus Oesterreich und der Tschechoslowakei besetzt.

Ein russisch-tschechischer Handelsvertrag. Am 5. Juni ist in Prag der russisch-tschechische Handelsvertrag unterzeichnet worden.

## Pfingstepilog.

Mit zerknitterten Kleidern, mit bestaubten Schuhen sind die Pfingstausflüger am Montag abend von ihrer Wallfahrt ins Grüne heimgekehrt. Dienstag hatten die meisten schon wieder einen vollen Mittag der Arbeit hinter sich. Aber auf Wangen und Sitzen liegt noch die warme Röte, die Sonne und Luft in die Haut geblitzt haben, und in den Augen glänzt es wie der Widerschein durchsonnter Wälder und blühender Seen.

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, aber auch ein Fest nicht tadeln und verfluchen, ehe es wirklich zu Ende ist. Gewiß, dieses Pfingsten hob über an. Dem Erwachenden Klang am ersten Feiertagmorgen das harte Prasseln der Regentropfen auf dem Fensterblech in das Ohr wie ein trauriger Trommelwirbel, bei dem alle Festesfreude schon bei der Geburt zu Grabe getragen wurde. Und das Auge, das durch den Borhangschlitz lugte, mußte mit Betrübniß feststellen: Es handelte sich nicht bloß um einen vorübergehenden erfrischenden Hufsch, sondern es schien das Vorspiel zu einem regelrechten dauerhaften Landregen zu sein. Der Himmel war grau von einem Ende bis zum anderen, auch nicht so viel Blau, um eine Kinderhürche daraus zu schneiden, leuchtete trübend über den nassen Dächern.

Schlimme Ausfichten! Denn kein Fest kann schlechtes Wetter so wenig vertragen wie gerade Pfingsten. Pfingsten ist das Fest der neuen Kleider, bei uns wie anderwärts. In den frischgewaschenen, frischgebügelteten düstigen Wädchenkleidern, die von strammten Wäscherinnen auf hoher Stange getragen, sich lustig im Frühlingswind blähen, sah der junge Schweizer Dichter Gottfried Keller in Berlin mit Recht die schönsten Pfingststandarten. Früher gehörten, wenigstens hierzulande, auch noch Maizen und Kalms zum Fest. Aber ohne das Grünzeug können es sich heute schon viele vorstellen, ohne eine „neue Luft“, und wäre sie auch nur symbolisch angedeutet durch ein frisches Band auf dem Hut, durch eine sorgsam gebügelte Krawatte, feiner. Niemand haben die Schneider und alle die Gewerbe, deren Aufgabe es ist, den äußeren Menschen herauszupuhlen, so viel zu schaffen wie vor Pfingsten. Sogar dem kirchlich Gesinnten ist der neue Anzug, das Kleid nach der Mode viel wichtiger als der heilige Geist, dem zu Ehren des Fest nach der Lehre der Priester ja wohl eigentlich begangen wird.

Aber der Besch der Festtracht allein macht es nicht, man muß sie auch zeigen können. Man schmückt sich ja nicht bloß für den eigenen Spiegel, man will sich von recht viel anderen ansehen und bewundert wissen. Das erst gibt das erhöhte Selbstgefühl, schafft die rechte Pfingstfreude. Und darum ist Pfingsten ohne schönes Wetter ein Un Ding, ein Widerspruch in sich selbst, eine Niedertracht der Natur.

Traurig sahen die geschmückten Schönen am Sonntag in den engen Wohnungen, und höhnisch verzogen sich ihre Lippen, wenn das Auge in der Wartenzeitung auf die üblichen Redensarten von dem „lieblichen Fest“ stießen. Manche wagten sich trotz Wind und Regen hinaus, aber sie mochten jeden anderen, nur keinen festlichen Eindruck. Die Männer suchten oft eilenden Schutts für ihre Strohhüte in den Lokalen, und mehr als einen sah ich daraus wieder-

lehren, mit Zungen redend und voll des heiligen Geistes, ähnlich den Aposteln vor zweitausend Jahren. — —

Aber dann kam der zweite Feiertag, mit einem tiefschwebenden blauen Himmel, auf dem nur hier und da noch silberweiße Wolken schwammen; mit hellem Sonnenschein und einer frischen Brise; mit laubfreien Sträßen und frischem kaltem Grün auf den Wägen und Äsken der Stadt und draußen in Wald und Wiese. Das war der rechte Hintergrund für die neuen Kleider und Hüte, und wer noch am Tage vorher das ganze Pfingstfest zum Teufel gewünscht hatte, der zog nun mit glücklichem Gesichte hinaus ins Freie und hatte alle Unbill vergessen. Und irre ich nicht, so kamen sie alle auf ihre Rechnung — die Feiernenden sowohl wie die, denen gerade solche Tage die meiste Arbeit bringen: die Gastwirte, die Keller, die fliegenden Händler, die Kutscher und Bootverleiher in der Umgebung der Stadt.

Ende gut, alles gut. Und so wird der Frühling dieses Jahres uns allen in freundlichstem Gedanten bleiben um des schönen Abschieds willen, den er uns gab. Denn den Abschied des Frühlings bedeutet Pfingsten. Die drei Pfingstrosen auf meinem Tisch neigen sich im Gise und streuen mir purpurne Blätter über das Papier. Nun fallen die Blüten, die Früchte fangen schwellend zu werden an, der Sommer beginnt. Peter Michel.

Der Berliner Volkschor im Jahre 1921/22. In der Geschichte des Berliner Volks-Chors ist das abgelaufene 18. Jahr von entscheidender Bedeutung. Da es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich erschien, einen großen gemischten Arbeiterchor nur aus Mitgliedern mit guten, ausgebildeten Stimmen und Notenkennntnissen zusammenzustellen, so ging das Bestreben der Chorleitung bisher dahin, die Mängel der einzelnen durch die Gesamtzahl der Mitwirkenden einigermaßen auszugleichen und die Qualität durch die Quantität zu ersetzen. Insbesondere geschah dies nach dem Weltkriege, während dessen die Zahl der singenden Mitglieder unter 200 gesunken war. Aber je mehr der Chor wuchs, desto weniger entsprach die Leistungsfähigkeit seiner Größe.

Als daher der künstlerische Leiter des Chors, Dr. Zander, nach mehrjähriger Abwesenheit im Kriege wieder an die Spitze des Chors trat, mußte es die wichtigste Aufgabe sein, den Chor zu einer Körperschaft von künstlerischer Bedeutung umzubilden. Es wurden deshalb, nachdem der Chor eine genügende Stärke erreicht hatte, nur noch gute Stimmen in beschränkter Zahl aufgenommen. So ergab sich von selbst eine gewollte Vertiefung des Chors auf circa 350 singende Mitglieder, von denen indes fast nur die im A-cappella-Chor vereinigten Mitglieder (circa 50) über genügende Notenkennntnisse verfügten.

Nun beschloß der Vorstand (und dieser Beschluß wurde von den Mitgliedern einstimmig gebilligt), für alle singenden Mitglieder obligatorische Elementarkurse in der Notenschrift und Stimmbildung einzurichten und für diese die hervorragendsten Musikpädagogen in Berlin zu verpflichten. Der Kursus begann im Herbst und dauert jetzt noch fort. Vom Herbst d. J. an wird in Fortführung dieser Kurse eine Chor-Schule eingerichtet, in der jeden Montag von 8 bis 10 Uhr unter Leitung von Herrn Rohrback alle neu eintretenden Mitglieder und alle älteren Mitglieder, die an den Kursen nicht teilnehmen konnten, sich alle erforderlichen

Elementarkennntnisse erwerben müssen, wenn sie im Chor weiter mitwirken wollen. Der Volks-Chor hofft mit dieser Einrichtung einer „Singschule“ einen Weg gefunden zu haben, auf dem der Arbeiterchor eine wirkliche künstlerische und kulturelle Bedeutung erreichen kann.

Dah neben der theoretischen Ausbildung der Mitglieder die Konzertsittigkeit des Chors nicht vernachlässigt wurde, zeigt schon die Tatsache, daß außer einer zweimaligen Wiederholung von Veriaz Fauchs Verdammung noch Handels Jephtha zur ersten öffentlichen Aufführung in Berlin gelangte und im Frühjahr endlich noch zwei Aufführungen von Bachs Matthäus-Passion stattfanden. Lezteres Werk wurde noch einmal für die Volks-Hochschule Groß-Berlin und einmal für die Volkshöhne wiederholt.

Es wird bei der fortschreitenden Selbstwertung nicht möglich sein, die niedrigen Eintrittspreise zwischen 6 und 8 M. in Zukunft aufrechtzuerhalten, da Saalpreise und Orchesterhonorare wieder eine wesentliche Steigerung erfahren. Die Not der Zeit wird den Chor vielleicht zwingen, in Zukunft mit großen Arbeiterbildungsorganisationen gemeinsame Sache zu machen, um das Risiko, das jetzt große Chortouren bedeuten, zu verringern.

Die Neugestaltung der Akademie für Kirchenmusik. Bei der Feier des 100jährigen Bestehens des Akademischen Instituts für Kirchenmusik in Charlottenburg, die am 6. Juni stattfand, hielt der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Ansprache, in der er ein leistungsfähiges Programm für den weiteren Ausbau und die Organisation des Instituts entwickelte.

Der Minister führte aus, daß die Musik ferner keine abseitige Stellung im Lehrplan der Schulen mehr einnehmen, sondern den übrigen Fächern der inneren Bildung und Charakterfestigung gleichberechtigt sein solle. Die Durchdringung des gesamten Unterrichts mit Aufgaben aus dem Gebiete der Musik, die Heranziehung von Instrument und Gesang im Deutschunterricht, in der Religion usw., die Vertiefung des Wissens und die Einwirkung auf das Gefühlleben der Kinder — alle diese Aufgaben erfordern Lehrkräfte mit umfassender künstlerischer und pädagogischer Bildung. Diese ist jedoch in der knappen Zeit von 3 Semestern nicht zu erreichen. Deshalb wird die Studienzzeit von 3 auf 6 Semester ausgedehnt, 2 weitere Lehrkräfte werden berufen und die Stundenzahl in allen Fächern vermehrt.

Diese Umordnung soll nach außen hin zur Geltung kommen und das Institut von jetzt ab den Namen Akademie für Kirchen- und Schulmusik führen.

Der Akademie werden neue Unterrichts- und Unterrichtsräume im Schloß Charlottenburg zugewiesen. Frauen werden zum Studium zugelassen.

Auch ein Revolutionär. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hat zu Pfingsten wieder einmal eine jener berühmten Rundfragen angeordnet, bei denen man nie weiß, ob der Humburg der Antworten größer ist als der Umfang der Fragen. Gefragt wurde nach den Eindrücken des letzten Musikwinters und „was hat er Ihnen selbst gebracht“. Man kann sich vorstellen, wie die liebe Eitelkeit sich dabei selbst bedenkt und was für Selbstgefälligkeiten dabei zutage kommen. Über ein Pronunciamento Ihnen auch darunter — von einem Heldenänger. Karl Armiter, „der stimmgewaltige Heldenänger“

## Französischer Sozialistenkongress.

W.B. verbreitet aus Paris folgende Meldung über die Schlußsitzung des Außerordentlichen sozialistischen Kongresses:

Der außerordentliche sozialistische Parteitag beschäftigte sich in seiner gestrigen Schlußsitzung mit der internationalen Politik. Der Generalsekretär der Partei Faure hielt eine Rede, in der er sagte, die Partei habe die deutschen Sozialisten aufgefordert, klar Stellung gegen das Auldeutsche zu nehmen und die Entlassung des Militarismus zu begünstigen. Es sei auch gut, die Engländer daran zu erinnern, daß, wenn die französischen Sozialisten der Politik Poincarés feindlich gegenüber ständen, das noch keineswegs heiße, daß sie die Politik Lloyd Georges befürworteten. Der Generalsekretär sprach die Hoffnung aus, daß die Einheit der sozialistischen Parteien doch noch zustande komme. — In der Diskussion sprach Conguet über die Bemühungen zur Herstellung einer einheitlichen internationalen Arbeiterorganisation. Sembat erklärte, die Politik Frankreichs sei jetzt eine derartige, daß die englische Arbeiterpartei Frankreich als den letzten Herd des Imperialismus ansähe. Wenn das noch drei Monate so fortbauere, dann werde Frankreich eine wirtschaftliche Entente zwischen England, Deutschland und Rußland gegen sich haben. Die Regierenden in Frankreich wollten die größte Dummheit durchführen, nämlich Deutschland ruinieren, aber Reparationszahlungen von ihm verlangen. Sembat fordert eine praktische Aktion. Es sei notwendig, daß die französischen, englischen und belgischen Sozialdemokraten in den Großstädten Frankreichs Versammlungen abhielten, denn man müsse das französische Volk gegen den Krieg und für den Frieden aufrufen.

Wir nehmen an, daß der Sinn der Ausführungen Faures in diesem Telegramm nicht richtig wiedergegeben wurde, denn von einer „Aufforderung“ an die deutschen Sozialisten, gegen die Auldeutsche Stellung zu nehmen, ist uns — soweit die SPD. in Frage kommt — nichts bekannt. Eine solche Aufforderung wäre auch gänzlich überflüssig gewesen, denn der Kampf gegen die deutsche Reaktion ist für uns eine derartige Selbstverständlichkeit, daß wir hierzu einer besonderen Ermunterung durch die französischen Genossen niemals bedürftig sind.

Dieser außerordentliche Parteitag war übrigens zu dem besondern Zweck einberufen worden, Maßnahmen für die Erhaltung des Tagesorgans „Populaire“ zu beschließen, das seit einem Jahre hauptsächlich auf die finanzielle Unterstützung von Parteien der Zweiten Internationale — um Mißverständnisse zu vermeiden, sei bemerkt, nicht der deutschen Partei — angewiesen war. Der Parteitag stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß es für den französischen Sozialismus eine Ehrensache sei, das Maximum an eigenen Bemühungen zu unternehmen, um das eigene Blatt zu erhalten und zu entwickeln. Es wurde beschlossen, daß mindestens jedes dritte Parteimitglied den „Populaire“ abonnieren müßte, was bei einem Mitgliedsbestand von ca. 46 000 die notwendige Mindestzahl von 15 000 Abonnenten ergeben würde. Wir hoffen, daß diese lobenswerten Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden. Die Frage der politischen Leitung des Blattes ist, entgegen dem Wunsche einzelner Delegierten, die in der bisherigen doppelten Leitung von Blum und Longuet die Hauptursache der materiellen Schwierigkeiten erblickten, vorläufig nicht gelöst worden. Beide Genossen, die jeder eine bestimmte Tendenz verkörpern — etwa wie Kautsky und Ledebour in der U.S.P. —, bleiben einstweilen politische Direktoren des Blattes, wenigstens bis zu dem nächsten ordentlichen Parteitag. Als eine vorläufige Maßnahme, um den Ansichten der überwiegenden Mehrheit der Parteigenossen entgegenzukommen, hatte der Parteivorstand empfohlen, den Generalsekretär der Partei Paul Faure zum Chefredakteur des „Populaire“ zu ernennen unter Beibehaltung von Blum und Longuet als paritätisches politisches Direktorenkollegium. Dieser zweifellos sehr glückliche Vorschlag ist auch vom Kongress einstimmig angenommen worden.

der Staatsoper“ (also heißt ihn der „Lokal-Anzeiger“) erhebt seine versephten Blähungen zur patriotischen Anklage und trompetet:

„Was hat die Revolution dem Theater gebracht? Erwartet haben wir Freiheit und Kunst! Und was haben wir? Wahn — Wah!“

Daraus wird die staunende Mitwelt entnehmen, daß Herr Armster ein Anhänger der Revolution war, und hoffentlich hat er das seinige getan, um die gewünschte Freiheit und Kunst herbeizuführen. Wie leicht hat der Gewaltige die Gewogenheit, uns zu offenbaren, wie er unter dem Regime seine Sehnsucht nach der damals (nach seinen eigenen Angaben offenbar) mangelnden Freiheit und Kunst betätigt hat. Vor allem aber sollte er doch einen erheblichen Fortschritt anerkennen: die Revolution hat ihm die — Schimpflichkeit gebracht. Weiß Herr Armster wirklich nicht, was ihm geblüht hätte, wenn er die wühelminische Kera in gleichem Tone charakterisiert hätte?

**Bilke bezahlen, wenn das Stück gefällt!** Um während der heißen Sommermonate sein Theater zu füllen, ist ein Londoner Direktor, Sir Alfred Butt, auf einen neuartigen Einfall gekommen. Er gibt nämlich zunächst einmal eine Woche lang Freibillets aus und stellt es in das Belieben der Besucher, nachher den Platz zu bezahlen, wenn sie mit dem Dargebotenen zufrieden sind. Jeder anständig aussehende Mensch, der sich an der Kasse meldet, erhält ein Freibillett, soweit noch Plätze für den von ihm gewünschten Sitz da sind. Die einzige Bedingung ist die, daß der Besucher seinen Namen und seine Adresse angibt; er erhält dann das Billett oder auch mehrere Plätze, die er gefordert hat, mit einer schriftlichen Anweisung. Es steht dann in seinem völlig freien Belieben, den Preis des Billetts, der auf der Anweisung angegeben ist, nachher zu bezahlen. Ist er der Ansicht, daß das Stück das Geld nicht wert war, dann ist er nur verpflichtet, die Anweisung wieder zurückzugeben. Das Vertrauen, das der Direktor mit diesem eigenartigen Plan in das Londoner Publikum setzt, scheint sich zu rechtfertigen. Es sind doraus hin zahlreiche Bitten um Freibillets eingelaufen, das Theater, das vorher gährende Leer zeigte, war gefüllt, und der Prozentsatz der vorher bezahlten Billets ist bisher durchaus zufriedenstellend.

**Theater-Interessengemeinschaft.** Felix Hollaender als Direktor des Deutschen Theaters zu Berlin und Alfred Bernau als Direktor des Deutschen Volkstheaters in Wien haben für ihre Bühnen eine Interessengemeinschaft begründet, die den wechselseitigen Austausch ihrer künstlerischen Kräfte und Anregungen zum Zweck hat.

**Ein Steinach-Film.** Prof. Steinach hat mit der Kulturabteilung der Universität in Wien ein Experiment durchgeföhrt. Sämtliche Tierexperimente, Operationen und Versetzungen an Versuchstieren und Menschen konnte deren Anwesenheit nicht hindern, wissenschaftliche Dokumente im Film festzulegen. Der Film wird bald herauskommen.

**Glycerin-Kongress in Breslau.** Breslau beherbergt in den Pfingstferien die deutschen Glycerinisten, die zu ihrem 11. Kongress zusammengetreten waren. Gegen 600 Teilnehmer waren bei der Tagung. Erziehungsminister Dr. Bauner, der Breslauer Polizeipräsident und die Oberpostdirektion traten für die Verbreitung des Glycerins ein.

## Anleihe-Ausschuß.

Paris, 6. Juni. (W.B.) Wie Havas erfährt, soll sich die Reparationskommission morgen vormittag versammeln, um offiziell den Vorklausur ihrer Antwort auf die ihr von dem internationalen Bankiersauschuß vorgelegte Frage festzustellen.

Paris, 6. Juni. (W.B.) Wie „Le Temps“ mitteilt, hat die Reparationskommission heute vormittag eine offizielle Sitzung abgehalten, in der die verschiedenen Ansichten der Delegierten zum Ausdruck gekommen sind. In der morgen stattfindenden offiziellen Sitzung wird jeder Delegierte seine Lösung vorschlagen und seine Einwendungen aussprechen. Der internationale Anleiheauschuß wird also, wenn er am Mittwoch nachmittag zusammentritt, die Antwort der Kommission und die Ansichten der einzelnen Delegierten zur Kenntnis nehmen, der französische Delegierte Louis Dubois hat heute vormittag vor der offiziellen Sitzung eine Besprechung mit Poincaré gehabt.

## Um die geforderten Bahnzerstörungen.

Zu der Note der Alliierten, in der die Zerstörung gewisser Bahnlinien in Westdeutschland gefordert wird, denen man strategische Bedeutung beimißt, hat das Reichskabinett noch nicht Stellung genommen. Wie wir hören, steht jedoch eine Antwort Deutschlands an die Bolschewikerkonferenz und an die alliierten Regierungen bevor, in der zum Ausdruck gebracht werden dürfte, daß die Forderungen der Alliierten den veränderten Grenzverhältnissen nicht genügend Rechnung tragen. Die beanstandeten Bahnlinien haben fast ausschließlich wirtschaftliche Bedeutung, und ihre Zerstörung würde also nur eine neue wirtschaftliche Belastung Deutschlands zur Folge haben. Dazu kommt noch die Tatsache, daß die geforderten Zerstörungsarbeiten Milliardenkosten verursachen würden, deren Aufbringung sicherlich nicht im Interesse der an den Reparationen interessierten Staaten gelegen wäre.

## Die Pressezensur im neubefetzten Gebiet.

Düsseldorf, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Generalität gibt folgenden Befehl in die Düsseldorf-Press: Während der kommunistischen Versammlung, die am Pfingstsonntag im Apollotheater anlässlich des kommunistischen Jugendtages in Düsseldorf stattfand, hat ein französischer Kommunist Worte gebraucht, die den Vertreter der Besatzungsbehörde veranlaßten, einzuschreiten und dem Redner das Wort zu entziehen. Der General wünscht, daß von diesem Zwischenfall in der Drispresse keine Erwähnung geschehe, da er sonst gezwungen wäre, Bestrafungen einzutreten zu lassen.

## Lenins Befinden.

Der Berliner Arzt Geheimrat Kiemperer ist, wie der „St. Express“ erfährt, wiederum dringend nach Moskau an das Krankenbett Lenins berufen worden. Er tritt seine Reise, wenn irgend möglich, bereits heute an. Da der feinerzeit mit Professor Kiemperer zusammen zu Lenin berufene Professor Förster ebenfalls in Moskau weilt, so zeigt die erneute Berufung Kiemperers, daß der Gesundheitszustand Lenins in Sowjetreisen zu ersten Besorgnissen Anlaß gibt.

Von Sowjetseite wird indessen nach wie vor in Abrede gestellt, daß eine neue Verschlimmerung im Befinden Lenins durch einen Schlaganfall hervorgerufen sei. Die in Moskau verbreiteten Gerüchte über den Zustand Lenins haben die Sowjetregierung veranlaßt, am 4. Juni ein offizielles Krankheitsbulletin zu veröffentlichen, das von Professor Förster, dem Volkskommissar für Gesundheitswesen Siemakho und vier russischen Ärzten unterzeichnet ist. Nach diesem Bulletin ist Lenin bereits am 24. Mai, und zwar an einer akuten Darmentzündung, erkrankt, die von hohem Fieber, einer weiteren Verschlimmerung des Herzleidens und einer Störung des Blutumlaufs begleitet gewesen sei. Das Bulletin erklärt, daß die Temperatur Lenins zurzeit wieder normal sei und der Patient sich auf dem Wege zu vollständiger Genesung befinde.

## Nur eine Wagenverstimmung?

Reuter meldet aus London: Nach einem Telegramm aus Moskau leidet Lenin an einer Wagenverstimmung infolge Vergiftung durch Nahrungsmittel. Er soll sich jetzt auf dem Wege der Besserung befinden.

## Die Koalitionsfrage in Italien.

Rom, 6. Juni. (E.P.) Wie der „Corriere della Sera“ aus Rom meldet, ist der Allgemeine Gewerkschaftsbund entschlossen, seinen Bündnisvertrag mit der Sozialistischen Partei aufzuheben, falls auf der Tagung des sozialistischen Nationalrates vom 11. bis 13. Juni in Rom keine Verständigung über die Rechtschwenkung und die Mitwirkung an der Regierung gefunden wird, welche die Mehrheit der Gewerkschaft anstrebt. Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes haben von Facta bereits Zusicherungen über die Verbesserung der innerpolitischen Lage erwirkt. Ministerpräsident Facta hat alle Präzepten Italiens nach Rom berufen, um sich über die örtlichen Verhältnisse hinsichtlich der öffentlichen Ordnung unterrichten zu lassen. Der Präzept von Bologna, Mori, wird erst gelegentlich des nächsten Präzeptenshubs verkehrt werden.

## Italienische Auswanderer für Rußland?

Mailand, 6. Juni. (E.P.) Nach dem „Avanti“ haben die Vertreter der italienischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Vertreter der metallurgischen Genossenschaften mit einem russischen Vertreter einen Vertrag unterzeichnet, wonach Rußland den italienischen Genossenschaften im südlichen Dongebiet 100 000 Hektar Land zur Verfügung stellt. Die italienischen Genossenschaften hatten die Verpflichtung übernommen, 50 000 italienische Landwirte und Landarbeiter nach diesem Gebiet zu entsenden. Hierfür sollen hauptsächlich Arbeitslose in Betracht kommen. Das Abkommen unterliegt noch der Ratifizierung durch die italienische und die russische Regierung. Die Verhandlungen für den Abschluß dieses Abkommens seien in Berlin eingeleitet und während der Konferenz von Genua fortgesetzt worden. Der Vertreter der metallurgischen Genossenschaften übernahm die Lieferung der nötigen landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen.

**Der Belagerungszustand in Oberschlesien.** Die Interalliierte Kommission verhängte mit sofortiger Wirkung über die Gemeinden Schwientochlowitz, Bismarckhütte, Gombakuhütte und Lipine den Belagerungszustand. Im Kreise Lublitz und besonders in Jamadzki kam es heute zu Unruhen. Deutschgesinnte wurden verprügelt und mißhandelt. In Königshütte haben wiederum eine Anzahl Deutschgesinnter Drohbriefe mit der Aufforderung zum sofortigen Verlassen der Stadt erhalten.

**Ministerreise in Japan.** Wie Reuter aus Tokio meldet, hat der Ministerpräsident im Hinblick auf den Widerstand des Unterrichtsministers und des Eisenbahnministers gegen seine Pläne für eine Neubildung des Kabinetts den Rücktritt des Kabinetts angeboten. Der Rücktritt des Kabinetts ist möglicherweise auch auf den ohne Präzedenzfall bestehenden Schritt des Parlaments zurückzuführen, das einstimmig einen Beschluß angenommen hat, der die militärischen Behörden zu energischer Einschränkung der Ausgaben anhält.

## Die polnische Regierungskrise.

Zum Konflikt zwischen dem Staatschef Pilsudski und dem Kabinett schreibt die „Gazeta Warszawska“, die pessimistische Ansicht des Staatschefs über die nach dem Kapallo-Vertrag entstandene Frage der Sicherheit Polens habe der optimistischen Auffassung der Regierung, insbesondere Skirmuntis, entgegengestanden, mit welchem der Ministeraal sich solidarisch erklärte“. Pilsudski hat in sehr scharfer Form die Tätigkeit des Außen-, Innen-, Kriegs- und Finanzministeriums kritisiert, wobei wiederholt Wendungen fielen, wie „es wird geschwätzt und geschwätzt und nichts getan“. Pilsudski hat, wie bekannt wird, besonders scharf auf das Umsichgreifen des Banditenwesens, auf die Unordnung in der Verwaltung und auf die Verfolgung der nichtpolitischen Bevölkerung in den Ostmarken hingewiesen, die dadurch in eine staatsfeindliche Richtung getrieben würde. Da der Staatschef das Rücktrittsgesuch des Kabinetts nicht angenommen hat, sondern die Minister für heute zu erneuter Sitzung zu sich beschieden hat, so überwiegt die Annahme, daß die Krise beigelegt werden dürfte, wobei jedoch bereits ein Nachspiel im Sejm angefündigt wird. Wie Ministerpräsident Bonikowski der Presse erklärte, sind die Meinungsverschiedenheiten in einer weiteren Unterredung mit dem Staatschef bereits in vielen Punkten behoben worden. Der „Kurjer Polski“ schreibt, der Ursprung der Krise liege vor allem in subjektiven Stimmungen; diese Episoden raubten dem polnischen öffentlichen Leben die Steifigkeit und den Ernst und trügen statt dessen ein Moment der Unberechenbarkeit hinein: Schimmer als Politik von Fall zu Fall sei Politik von Szene zu Szene.

## Wirtschaft

### Ausgangung der Industrie.

Bei den Unternehmern mehren sich die Klagen, daß ihre Betriebe durch die Entwertung des Geldes in ihrer inneren Finanzkonstruktion zunehmend schwächer werden. Sie seien sicher nicht in der Lage, sobald die Konjunktur umschlage, auch nur die kleinste Belastung, die man etwa durch das Verlangen der Weiterbeschäftigung der Arbeiter ihnen auferlege, zu tragen. In Wirklichkeit sehen die Dinge etwas anders aus. Früher war es üblich, daß bei Kapitalerhöhungen die jungen Aktien zu einem Kurse herauskamen, der annähernd dem allgemeinen Interesse an dem Unternehmen, d. h. dem Kurse der alten Aktien, entsprach. Die Differenz zwischen dem Nominalwert und dem Kurswert der jungen Aktien, das Agio, bedeutete eine besondere Einnahme, die nach den gesetzlichen Bestimmungen dem Reservefonds zuzuföhren war, der so eine willkommene Stärkung der finanziellen Grundlage der Aktiengesellschaften darstellte. Heute ist das ganz anders. Jetzt wird ein großer Teil der eben erwähnten Differenz den Aktionären zugesandt oder er wird den an der Ausgabe der jungen Aktien interessierten Finanzinstituten und den großen Vermögensgruppen zugesandt. Meist teilen sich alle drei in den Verdienst, der nach gesunden volkswirtschaftlichen Grundföhren dem Unternehmen selbst zugute kommen müßte.

In welchem Ausmaße noch heute bei der Ausgabe junger Aktien die systematische Ausböhung, die Zermergelung des finanziellen Rückgrats der Aktiengesellschaften vor sich geht, das zeigen die Notierungen der Bezugsrechte. Wir greifen die vom 6. Juni an der Berliner Börse notierten heraus. Es wurden an diesem Tage Bezugsrechte, d. h. die Rechte auf den Bezug junger Aktien, wie folgt notiert: Brauerei Tucher 120, Kaffeler Federstahl 650, Bogel. Tüll 180, Hoffmann Stärke 312, Thüringer Bleiweiß 902, Anterwerte 950, Elektrizitätslieferungen 60, Seebad 390, Bayerische Harstein 180.

Die vorstehenden harmlosen Ziffern besagen, daß allein das Recht auf den Bezug einer jungen Aktie, z. B. einer der Anterwerte, mit 950 Proz., d. h. mit 9500 M. bezahlt wird. Das Bezugsrecht auf eine junge Aktie der Kaffeler Federstahl wurde mit 6500 M. bezahlt usw. Diese Millionensummen gehörten, wenn die deutschen Finanzinstitute und die Leiter der Industrie einen Funken von volkswirtschaftlicher Verantwortung in sich trügen, den Unternehmungen, die jetzt ihren Kapitalbedarf zu befriedigen haben. Man kümmert sich aber nicht um das Wohl und Wehe dieser Aktiengesellschaften, es ist gleichgültig, ob sie bei einer rückläufigen Bewegung des Dollars in Schwierigkeiten kommen, die Hauptsache ist der eingeholte Bucherprofit. Kommt es wirklich zur finanziellen Geföhrdung des Unternehmens, dann hat man ja ein Ventil, das absolut sicher wirkt: die Arbeiter werden entlassen.

### Schwere Krise der Schweizer Hotelindustrie.

Die Schweizerische Hotelindustrie macht gegenwärtig eine der schwersten Krisen durch. Ihre überaus gefährdete Lage kommt zum Ausdruck in den soeben abgehaltenen Beratungen einer Kommission des Nationalrats, in deren Verlauf Bundesrat Schulthess nachwies, daß die Hotelindustrie, die in der Schweiz mehr als 43 000 Personen beschäftigt und in gewisser Beziehung an Ausdehnung und Bedeutung nur noch von der Maschinenindustrie übertroffen werde, rettungslos vor dem Zusammenbruch stehe, wenn der Staat ihr nicht zu Hilfe komme. Die finanzielle Lage erfordert, so schätzt man, bei mindestens 55 Proz. aller Schweizer Hotels eine unmittelbare Sanierung. Mehr als 50 Proz. der Hotels haben Schulden, die den Wert ihrer Grundstücke übersteigen. Besonders ist zu berücksichtigen, daß die in der Schweizerischen Hotelindustrie angelegten Kapitalien auf 1 140 000 000 Frank veranschlagt werden können. In Anbetracht dieser Situation hat der Bundesrat vorgeschlagen, der Schweizerischen Hotelindustrie eine Subvention in Höhe von 5 Millionen Frank zuteil werden zu lassen. Die oben erwähnte Kommission des Nationalrats hat sich diesem Vorschlag angeschlossen. Damit ist übrigens kein Präzedenzfall geschaffen worden, denn, wie erinnertlich, haben erst vor wenigen Monaten die geföhrenden Körperschaften einen Kredit von 20 Millionen bewilligt, um der Röhlenindustrie zu helfen, über die gegenwärtige Wirtschaftskrise in der Schweiz hinwegzukommen.

**Englischer Genossenschaftslag.** Gestern wurde in London der Kongress der englischen Genossenschaften eröffnet, zu dessen Vorsitzenden zum erstenmal eine Frau, Marguerite Davies, gewählt wurde. Sie betonte in ihrer Eröffnungsrede, die Genossenschaften Englands hätten nicht irgendwelche unbedeutenden wirtschaftlichen Forderungen angestrebt, sondern hätten sich stets bemüht, die Grundlagen für eine neue industrielle Organisation zu schaffen. Die englischen Genossenschaften hätten durchaus nicht die Absicht — wie vielfach behauptet worden sei —, eine Verfohnung zwischen Kapitalisten und Arbeitern herbeizuföhren.

**Der deutsch-französische Handel.** Nach einer gestern veröffentlichten Statistik betrug die Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich in den ersten Monaten des Jahres 1921 315 Millionen Frank gegenüber 744 Millionen Frank im Jahre 1920, somit eine Verminderung von 429 Millionen. Die Ausfuhr französischer Waren nach Deutschland belief sich auf 504 Millionen Frank gegenüber 628 Millionen Frank im Vorjahre. Von den deutschen Einföhren entfielen 164 Millionen auf die Kohle gegenüber 276 Millionen im Vorjahre. Es zeigt sich somit eine Rehrtausfuhr von 189 Millionen für die französischen Waren. Wenn aber die Kohlenlieferungen Deutschlands nicht mitgerechnet werden, so beträgt der Ausfuhrüberschuß 335 Millionen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Großkampf-Ende in England.

Nach dreimonatlichem, hartnäckigem Ringen ist in England die Ausperrung der Arbeiter der Schiffswerften, der Maschinenbauer und der anderen einschlägigen Berufe, die mehrere hunderttausend Arbeiter direkt in Mitleidenschaft zog, beendet worden. Der Kampf war einer der hartnäckigsten, die von der englischen Arbeiterbewegung in den letzten vier Jahren zahlreiche, schwere Kämpfe geführt hat, je ausgefocht worden ist. Der Kampf endet mit einer scheinbaren Niederlage der Arbeiter, da diese in geheimer Abstimmung den Vorschlag der Unternehmer annahmen, nur die Essensgehälter und Kesselarbeiter, die den Vorschlag der Unternehmer ablehnten — es kommen hier etwa 50—60 000 Arbeiter in Betracht — setzen den Kampf noch fort. Damit kann eine der größten grundsätzlichen Kämpfe der Arbeiter um ihre während des Krieges und unmittelbar nach dem Kriege errungenen neuen Rechte als beendet betrachtet werden.

Der Kampf begann eigentlich bereits im April 1921. Damals verlangte die Unternehmerorganisation von dem Allgemeinen Maschinenbauer-Verband, er soll anerkennen, daß künftig die Unternehmer ohne vorherige Befragung der Betriebsräte oder der Organisation berechtigt seien, jede beliebige Veränderung der Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Die Gewerkschaft lehnte dieses Ansinnen der Unternehmer natürlich ab. Die Lage der Arbeiter war damals infolge der riesigen Arbeitslosigkeit eine äußerst ungünstige. Die Gewerkschaften hatten bereits riesige Beiträge zur Unterstützung der Arbeitslosen ihren Kassen entnehmen müssen. Noch aber war kein Ende der Wirtschaftskrise abzusehen, die von den Unternehmern planmäßig ausgenutzt wurde, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dabei handelt es sich nicht so sehr um Lohnfragen, die durch das System der gleitenden Lohnskala auf Grund der Indizes des Detailhandels in England jetzt sehr verbreitet ist, sondern um das Recht der Arbeiter, bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzubestimmen. Die Unternehmer wollten wieder unbedrängt „Herr im Hause“ sein.

Die Vertreter der Arbeiter, um Zeit zu gewinnen und um, wenn irgend möglich den offenen Kampf unter so ungünstigen Umständen zu vermeiden, verlegten sich aufs Verhandeln. Die Unternehmer lehnten jedoch alle Vermittlungsvorschläge ab. Auch die Verhandlungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft scheiterten an der Halsstarrigkeit der Unternehmer. Charakteristisch ist es, daß die Regierung es ablehnte, in die Verhandlungen einzugreifen. Die Unternehmer wollten es auf eine Kraftprobe ankommen lassen und der sehr einflußreiche Verband der englischen Industriellen hatte seinen „jungen Leuten“ in der Regierung verboten, den Unternehmern etwa in den Arm zu fallen. Standen die Unternehmer ihrerseits durchaus geschlossen, so bestand auf Seiten der Arbeiter eine Zersplitterung, hervorgerufen durch die Zersplitterung in einer Anzahl von Fabrikorganisationen. Diese zu einer gemeinsamen Kampfführung zu bringen — es kamen nicht weniger als 51 Organisationen in Betracht — war nicht leicht und ist eigentlich nie vollständig gelungen.

Nach elfmonatlichen Verhandlungen kam es zur Ausperrung, die nunmehr beendet ist. Die Arbeit soll am kommenden Donnerstag wieder aufgenommen werden. Die Bedingungen sind folgende: Alle Lohnfragen können nur durch gemeinschaftliche Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen geändert werden. Die Unternehmer sind in keiner Weise berechtigt, einseitig Lohnreduktionen vorzunehmen, ohne vorher alle entsprechenden Instanzen angerufen zu haben. Alle anderen Forderungen, die die Arbeitsbedingungen betreffen, müssen von den Unternehmern zehn Tage vorher angekündigt werden. Tritt innerhalb dieser zehn Tage eine Verständigung nicht ein, dann sind die neuen Bedingungen vorläufig in Kraft zu setzen, bis eine Einigung erzielt wird.

Es ist zu bemerken, daß dieser Vorstoß von den Arbeitervertretern vor Ausbruch des Kampfes gemacht wurde, damals von den Unternehmern jedoch scharf abgelehnt worden ist. Nun haben die Unternehmer wieder darauf zurückgegriffen; es ist unbestreitbar, daß die Arbeiter eine Rückzugschlacht geliefert haben. Sie haben einen Teil ihrer ursprünglichen Stellungen aufgeben müssen. Andererseits ist es aber den Unternehmern nicht gelungen, ihren Herrenstandpunkt durchzusetzen. Der Ausgang dieses Kriesenkampfes wird nicht ohne Rückwirkung auf die englische Arbeiterbewegung bleiben. Auch insofern ist er von internationaler Bedeutung.

## Gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Es war im Jahre 1918, als die deutschen Gewerkschaften sich zum ersten Male selbst die Aufgabe setzten, an der Jugend Erziehungsarbeit zu leisten. Bis in den Krieg hinein geschah es gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei. Deren Spaltung sowie der mächtige Zustrom jugendlicher Mitglieder nach Kriegsende zwangen die Gewerkschaften zu selbständiger Weiterarbeit. Es geschah ohne einheitliche Richtlinien; einige Verbände schufen planmäßig besondere Einrichtungen wie Jugendsekretariate, Zeitchriften und besondere Jugendabteilungen, andere hingegen überließen es ihren örtlichen Gruppen völlig, ob sie überhaupt irgend etwas tun wollten. Die erste Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, die August vorigen Jahres in Kassel

tagte, beschloß deshalb, daß in allen Orten gewerkschaftliche Jugendstellen zu schaffen sind, die alle jugendlichen Mitglieder der freien Gewerkschaften erfassen sollen.

Am 17. und 18. Juni wird in Leipzig nun erneut eine solche Konferenz zusammentreten. Sie wird zunächst sich mit einem Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit befassen und weiter erörtern, auf welchem Wege sich dieses Programm in der örtlichen Arbeit am besten verwirklichen läßt. Hierbei kommen ja nicht nur die der Bildung und Unterhaltung der Jugend dienenden Veranstaltungen in Betracht, darüber hinaus ist mitzuarbeiten in der Jugendfürsorge, Berufsberatung, Jugendgerichtshilfe und dergl. Hierbei sollen Erfahrungen ausgetauscht und Anregungen gegeben werden.

Die Frage der Berufsausbildung ist heute von großer Wichtigkeit; mit Ausnahme gewisser interessierter Kreise hat man bereits allgemein erkannt, daß die Ausbildung des beruflichen Nachwuchses eine Angelegenheit ist, die die Volksgemeinschaft angeht. Der heutige Zustand, der sie zu einer Privatangelegenheit des betreffenden Lehrmeisters macht, ist unhaltbar. Ein neues Lehrlingsrecht muß geschaffen werden, das mit den veralteten Vorrechten für bestimmte Kreise aufräumt. Die Leipziger Konferenz soll klar den Standpunkt der Gewerkschaften zu dieser Frage zum Ausdruck bringen. Sie soll auch weiter Stellung nehmen zu den Lehrwerkstätten und Werkstätten, die wir in den letzten Jahren immer häufiger entstehen sehen. Licht- und Schattenseiten dieser Einrichtungen müssen aufgezeigt werden, um dann die Voraussetzungen festzustellen, die notwendig sind, wenn die Gewerkschaften sich für die Förderung dieser modernen Berufsausbildungseinrichtungen einsetzen sollen. Wenn auch die Lehre im Betrieb nicht durchweg ersetzt werden kann, so wird eine Ergänzung doch möglich sein; über ihre Notwendigkeit besteht kaum irgendwo ein Zweifel.

Die Leipziger Konferenz wird wichtige Arbeit zu leisten haben.

## Die Beamtenauswahlgewahlen bei der Reichspost.

Dazu wird und geschrieben: Die Neuwahlen zu den Beamtenauswahlgewahlen bei der Reichspostverwaltung am 28. und 29. Mai haben eigenartige Erscheinungen gezeigt. Zunächst ist für Berlin festzustellen, daß die Reichspostgewerkschaft gegen Reichspostbeamtenauswahl in Reichdelegiertenrat, wo die Wahl der Ortsbeamtenauswahlgewahlen und des Bezirksbeamtenauswahlgewahlen in Frage kam. Der Hauptbeamtenauswahlgewahl beim Reichspostministerium war ein Reibhandschuh nicht wert und deshalb ist für den Hauptbeamtenauswahlgewahl von der Reichspostgewerkschaft sowohl als auch von der opponierenden Reichspostgewerkschaft Berlin unter demselben Kennwort gestimmt worden. Also in ein und derselben Organisation geht die eine Gruppe im ersten Teil gegen die andere vor, um in der Hauptsache bei der Neuwahl des Hauptbeamtenauswahlgewahlen beim Reichspostministerium allgemein zu operieren! Ein solches Vorgehen ist charakteristisch für die Entwicklungsmöglichkeiten verschiedener Postbeamten. Nur so läßt sich die Art, wie von einzelnen Personalbüros Wahlpropaganda für notwendig gehalten wurde, begreifen.

War der Arbeiter bei der Postverwaltung zu wilhelminischen Zeiten nur ein notwendiges Uebel, und demzufolge ganz von der Gnade des Personalbüros abhängig, so sollte man im Jahre 1922 annehmen dürfen, daß die Revolution mit dieser Vorstellung grundsätzlich ausgeräumt hat. Wenn aber die Neuwahl der Beamtenauswahlgewahlen bei der Reichspost dazu dienen muß, um einem Arbeiter den dienlichen Befehl zu geben, die Stimmpapiere der Reichspostgewerkschaft zu verteilen, im Weigerungsfalle aber ein Protokoll ausgenommen wird, um den betreffenden disziplinarisch zu belangen, so dürfte das Stück doch stark an die Junkerwahlen Mittelalters erinnern. Derartige Arbeitsverhältnisse von einem Beamten als Arbeitnehmer des Volkes wirken unerträglich, denn bis jetzt ist noch nicht bekannt, daß Reichspostverwaltung und Reichspostgewerkschaft miteinander identisch sind. Sympathien werden dem Beamten aus solchen Motivationen nicht erwachsen können. Die Beamten können nur gemeinsam mit den Arbeitern die sozialen Fragen der Gegenwart lösen. Pflicht jedes Beamten wird deshalb sein, den früher üblichen Unteroffiziersston abzuschaffen, bei demokratischen Rechten auch die entsprechenden Pflichten auf sich zu nehmen.

## Tagung der Gewerksvereine.

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) halten gegenwärtig in Berlin ihren Verbandstag ab. Nach Begrüßungsansprachen des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt, des preussischen Handelsministers Stiering und anderer Gäste hielt Professor Bonn (München) einen Vortrag über „Die Stellung der Arbeiter und ihre Organisation in Wirtschaft und Produktion“. Eine Besserung der Verhältnisse könne nur durch eine Hemmung der Preissteigerung erzielt werden. Dabei ergebe sich die Frage, ob man an einen Preisabbau herangehen könne. Bei der Lösung dieses Problems komme es vor allem darauf an, den Dollarkurs auf einen angemessenen Stand zu bringen. Das könne nur erreicht werden durch eine aktive deutsche Zahlungsbilanz, die aber wieder nur herbeigeführt werden könne durch eine Herabminderung der Reparationsleistungen. Dieses Ziel würde sich erreichen lassen durch eine internationale Anleihe, die sich hoffentlich auf Grund der Pariser Verhandlungen ergeben werde. Erst nach einer Stabilisierung

unserer Mark könne man an einen Abbau der Löhne und Gehälter herangehen, aber auch erst dann, wenn zunächst die Gewinne abgebaut worden seien.

Als zweiter Referent dieses Themas machte der Reichstagsabgeordnete Erkelenz bestimmte Vorschläge, von dem Standpunkt ausgehend, daß die Ideen des Marxismus endgültig gescheitert seien. (Schon wieder einmal, D. Red.) Die beiden Entschlüsse dieses Referenten wurden angenommen. Die Arbeitnehmer werden in der ersten auf eine kräftige Benutzung der realen Wachstumsmittel hingewiesen, die ihnen schon die gegenwärtige Wirtschaft biete. Dazu gehöre ihre Beteiligung am Besitz und Gewinnsertrag der Betriebe auf dem Wege der Arbeitsgemeinschaft und Erwerbsgenossenschaft durch den privaten Erwerb von Beteiligungsanteilen und geförderter Vertretung dieser Anteile sowie durch Zusammenfassung der Spar- und Kapitalkräfte der Arbeitnehmer wie in Arbeiterbanken.

Die zweite Entschlüsse fordert die Reichsregierung auf, eine Sozialpolitik zu betreiben, die auf dem Grundgedanken der sozialen Selbstverwaltung fußend den demokratischen Ideen nach Selbstverantwortung in der Freiheit mehr Rechnung trägt, besonders bei der Angestellten- und Invalidenversicherung, bei dem Arbeitsnachweiswesen und bei der Schlichtungsordnung. Der Reichstag wird erucht, sozialpolitische Befehle, die diesen modernen Forderungen nicht Rechnung tragen, an die Regierung zurückzuverweisen.

Die Vertreter des Verbandes werden ersucht, für Erhaltung und Ausbau der Arbeitsgemeinschaften einzutreten.

Ueber den Wirtschaftentag referierte Schumacher Berlin (Mitglied des Reichswirtschaftsrates), der eine Entschlüsse vorlegte, die zwar grundsätzlich für denselben eintritt — aber die Möglichkeit offen lassen will, aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen „Abweichungen“ zu vereinbaren. Dagegen wurden in der lebhaften und ausgedehnten Aussprache erhebliche Bedenken geltend gemacht. Der Verbandstag überwiegt die Entschlüsse und die dazu eingebrachten zahlreichen Änderungsanträge einer Redaktionskommission und vertagte die Beschlusfassung.

## Zentralverband der Angestellten (Hochgruppe Papier). Mitgliederversammlung Mittwoch 7 1/2 Uhr Reus-Platz, Rosenfelder Str. 96/97.

Wahl der technischen Angestellten und Beamten. Mittwoch Mitgliederversammlung: Alpenstr. 10, Kottbus, Schloßstr. 4, 7 1/2 Uhr. Charlottenburg II, Akademische Bierhalle, Schloßstr. 24, 7 1/2 Uhr. Städt. Kantine, Reus-Platz, 1. 7 1/2 Uhr. Wilmersdorf, Restaurant Victoria, Wilhelmstraße 114-115, 8 Uhr. Fachgruppe Eisen- und Maschinenbau im Blumen Saal des Nordischen Hofes, Invalidenstr. 126, 7 Uhr.

Zentralverband der Hotel-, Restauration- und Kaffee-Angestellten. Mitgliederversammlung: Mittwoch nachmittags 5 Uhr im Klubhaus, Ringstraße 2. Brande 6, Poststraße 11, 11-12. Brande 4, Kottbuscher Str. 11. Donnerstag vormittags 11 Uhr bei Kaiser, Friedrichstr. 11a.

Wahl der technischen Industriellen Beamten. Mitgliederversammlungen 7 1/2 Uhr: Donnerstag: Südwest, Edele Werkstätten, Tempelhofer Ufer 6; Charlottenburg I, Aug.-Kottbus, Kaiserin-Augusta-Allee 36; Charlottenburg II, Preussische Post, Wilmersdorf, 29; Köpenick, Zur Blüte, Franzfurter Allee 12; Köpenick, Oswald Berliner, Brunnenstr. 140; Nordwest I, Restaurant Witke, Turmstr. 78; Spandau, Neuer Kottbuscher, Rathaus; Siedlich, Restaurant Witke, Witkestr. 18; Edele Arbeiter; Fachgruppe Maschinen- und Werkzeugbau, im großen Saal des Nordischen Hofes, Invalidenstr. 126. — Freitag: Köpenick II, Restaurant Jagend, Müller, Edele Arbeiter; Siemensstr. 10, Schlöcker, Sonnenbaum-Allee; Fachgruppe Elektrowirtschaft, im großen Saal des Nordischen Hofes, Invalidenstr. 126. — Sonnabend: Dresden, Reichshof, Bernauer Str. 18.

Deutscher Transportarbeiterverband. Kohlenarbeiter und Rutscher. Donnerstag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Vollerversammlung. Mitgliederlegitimiert. Beiträge und Spenden werden entgegengenommen. — Brande 10 (Glas und Keramik, Feinwerkzeug, Uhr-Reparatur, Galanterie, Spielwaren, Sport, Klavier): Donnerstag 8 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshaus, Engelhofer 24-25, Vollerversammlung. Stellungnahme zum Verbandsstag.

Verband der Gewerks- und Staatsarbeiter. Brande 10, Mitgliederlegitimiert. Donnerstag 7 Uhr bei Rier, Weberstr. 17 (kleiner Saal), Delegiertenversammlung. Aufstellung der Delegierten zum Verbandsstag. Zentralverband der Schuhmacher, Weberstr. 17. Die neue Schlichtungsordnung und das Arbeitsgesetz.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Album, Mappen, Genossenschaft und Vorkaufsbetriebe. Donnerstag 4 1/2 Uhr im Zimmer 11 des Gewerkschaftshaus, Engelhofer 24-25, Vertrauensmännerversammlung. Berichterstatter von den Verhandlungen in Nürnberg. Jede Werkstatt muß unbedingt vertreten sein!

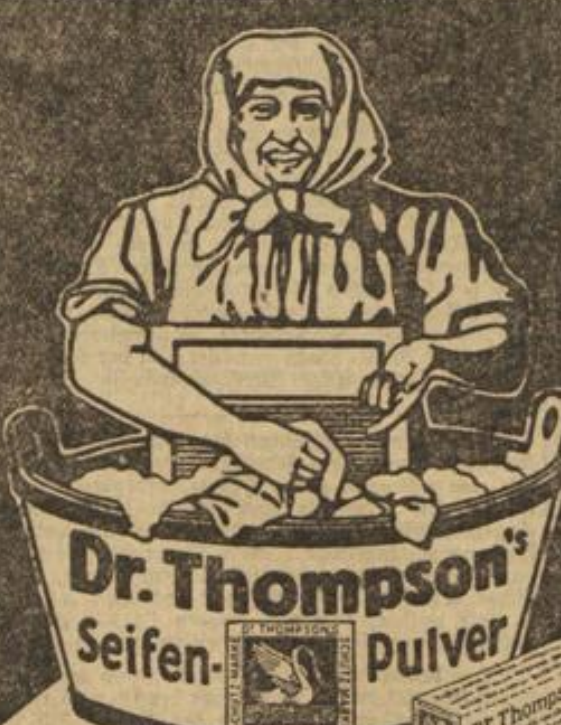
Wahl-Mitgliederversammlung. Wagen und Kaffeebranche. Donnerstag Turnhalle der Sophien-Gilde, Sophienstr. 17-18. Neue Tarifverhandlungen. Mitgliederbuch eines Wfo-Verbandes legitimiert. Wfo-Bund, Ostbahnhof Groß-Berlin.

Verbands- und Reichstags-Teil: Franz Klotz, Berlin-Güterfelde: für Angehörige: Th. Giese, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1, Sektion I, Keller.

# CALMON

## -REIFEN

QUALITÄT-KEINE REKLAME!



**Dr. Thompson's**  
**Seifen-Pulver**

bestes  
**Waschmittel**

Echte Walthorius Nienton-Essenz extrakt. (Destillat) 12 Fl. M 15, bei 24 Fl. M. 135 Frk. u. inkl. Zu haben in Apoth. u. Droger. Herst. Laboratorien E. Walthorius, Halle a. S. - Trotha 14

**Haut- u. Geschlechts- +**

Unterleib, Syphilis, fisch und veraltet, bei Männern u. Frauen; ohne Penisfisteln, Penisverwundung, über 30 Jahre bewährt durch **hundertfach** Beweise. — Sprech- u. Behandlungszeit: 9-1, 4-7 1/2. — — — — — Heilung: 1. elektro-physik. und Licht-Therapie u. Naturheile. — — — — — Heilung: 10 b (Babst. Sarnomstbr.). Prof. Dr. med. Mistelsky, Arzt im Anst. ernannt, diplom. u. approb. 30 jährige Praxis

H. & P. Uder, 5016, Engelufer 11  
Zigaretten, Kae-, Rauch- und Schnupftabak  
H. A. Hasenwacker, Goldsch., Landstrasse, Lickan, Pankow, Glanzstr. Gellert 2-3, 1-3 Uhr. Nr. 13720.

Für **Gold- u. Silber-Bruch**  
Brillanten etc.  
zahlt die höchsten Tagespreise  
**Juwelen-Einkaufs-Gesellschaft**  
**Hopenfeld & Co.**  
Berlin Antwerpen  
**Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)**  
Überall in Zigarrengeschäften erhältlich. Ist d. echte Kapitän-Kautabak nur mit Zettelanlage (Köln, Schilling, Stangen, Löffel). Verkaufsstellen durch Carl Röcker, Lichtberg, Str. 22 (R. 136/1)

Kriegsanleihe wird zu 84%, nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.

**Größte Eile geboten! Preise steigen!**

# Jetzt sehr billig!

Echte Pelzmäntel wundervolle Ausführung 7800 9500 13500 18000

Sealplüschmäntel auf Blumenseide sehr billig!

Astrachanmäntel . . . . .	1450.-	Echte graue Pelzjacken . . . . .	7900.-
Covercoatmäntel . . . . .	536.-	Seidene Gummimäntel . . . . .	1650.-
Damen-Gummimäntel . . . . .	1070.-	Herren-Gummimäntel . . . . .	1135.-
Reinwollene Jumper . . . . .	198.- 335.-	Kunstseidene Jumper . . . . .	425.- 825.-
Wolster schwere Qualität . . . . .	169.- 1800.-	Popelinmäntel . . . . .	650.- 990.-
Modell-Kostüme . . . . .	2100.- 3600.-	Feine Röcke . . . . .	465.-

Reinwollene Strickjacken 769.-

# Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a  
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

Durch den Berliner Likörstrom.

Das äußere Bild Berlins, wie es sich einem bei Gängen durch die Straßen darbietet, verändert sich im Grunde genommen von einem Tage zum anderen, ohne daß man es sonderlich gewahrt wird.

Ueber 1000 Likörstuben in Berlin.

Heute kann man in Berlin hinkommen wo man will, die Likörstube ist überall. Vom Potsdamer Platz durch die Potsdamer, Bülow, Moltkestraße bis hinüber zum Bagerischen Platz und seiner Umgebung findet man etwa im Verhältnis derselben Entfernung, wie in der Siegesallee die Hohenzollern stehen, eine Likörstube neben der anderen.

Im Nebel der Liköre.

Kunstgewerbetler und Raumkünstler arbeiten fast immer sehr geschäftig zusammen, um diese Zimmer entstehen zu lassen. Ganz charakteristisch für alle diese Lokale ist, daß sie das volle helle Tageslicht verdammen. Überall herrscht ein schummeriges Dämmern, und selbst des Nachts, wenn die Lichter brennen, ist es kein Strahlen und Glänzen, dazu der Rauch der Zigarren und Zigaretten und der erregende Duft der Getränke selber.

Der Ruf durchs Fenster.

Rufe des Unmutes wurden vereinzelt hörbar, denen Tischen antwortete, das Opposition ebenfugot wie Zustimmung bedeuten konnte, worauf wieder Applaus, diesmal anhaltender, einsetzte, der von jenem Geräusch verstärkt respektive abgedämpft wurde, das entstand, als die Herren in den vorderen Parkettreihen mit den Spitzen ihrer Spazierstöcke auf den Boden trommelten.

Hermann" oder "Der Mord in der Nacht" oder "Der Mann mit den 30 Frauen" oder "Das Haus ohne Türen und Fenster" spielen, Lokale, die sich schlicht, einfach und deutlich "Schnapsquelle" nennen oder "Kognat- und Likörstube" oder "Präpeltalle".

Bedenkliche Auswirkungen.

Weder dem Volkswirtschaftler noch dem Sozialhygieniker kann diese abnorme Entwicklung gleichgültig sein. Die Einrichtung einer modernen Likörstube ist unter 400 000 bis 500 000 M. nicht mehr zu haben. Die Jahresmiete beträgt bis zu 200 000 M. Tageseinkünfte von 8000 bis 10 000 M. sind zwar nicht die Regel, aber auch nichts Seltenes.

Mag bei dem gefunden und gut genährten und gesättigten Mann ein Schnapschen auch keinen Schaden anrichten, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß die besondere Art, die Liköre zu würzen und damit die Erregung wichtiger Nervenzentren herbeizuführen, sie für die Jugend am aller ungeeignetsten macht.

Die Ursachen der Waldverwüstung.

Die weitgehende Beunruhigung, die die plötzlich und ganz unerwartet wieder eingeschleht rücksichtslos und unverständliche Abholzung weiter als gefährlich geltender Waldflächen im Bezirk Groß-Berlin hervorgerufen hat, hat den Städtchaudirektor Ellart veranlaßt, durch das Nachrichtenamt der Stadt Berlin eine längere Erklärung zu geben, der wir einiges entnehmen.

Erholungsort der Großstadtbevölkerung bilden, anderen Interessen geopfert werden. Gewisse Waldflächen in der Umgebung Berlins sind zurzeit als Dauerwaldflächen durch den Zweckverband gesichert worden und in den Besitz der Stadtgemeinde Berlin übergegangen.

Kein Teilstreckentarif.

Die vom Magistrat Joeben den Stadtverordneten unterbreitete neue Vorlage über die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises auf 4 Mark hat infolge mißverhältnißlicher Auffassung einer Bemerkung der Vorlage in einem Teil der Öffentlichkeit zu der Annahme geführt, als ob die städtische Verkehrsverwaltung mit dem 4-Mark-Tarif zugleich einen Teilstreckentarif von 3 M. einführen wolle.

Die teure Autodroschke.

Borgehen gegen die Fahrtverweigerer. Die sich bei den Berliner Droschkenauffeuerern und Droschkenkutschern immer mehr einbürgernde Unsitte, eine Fahrt in eine ent-

Er wartete die Wirkung seiner Rede gar nicht ab, sondern trat eilig hinter den Vorhang. Borerst war es totstille im Hause geworden; hierauf brach wütend entfesselter Lärm los. Die Leute fragten einander, ob sie auch richtig verstanden hätten.

Der Kopf des Rigaer Polizeipräsidenten Alexander Ludolin erinnerte in mancher Hinsicht, vor allem des haarlos, gleichsam poliert erglänzenden Schädels wegen, den nur im Nacken ein schwarzer, von einem Ohr zum andern reichender Haarstranz zierte, um der unwahrscheinlich rund und hochgezogenen, gleichmäßig verlaufenden Brauenbogen, der aus hellblauem Glas gefertigt scheinenden Augen und des wie mit Tusch auf die Oberlippe gepinzelten Schnurrbartchens willen, an den Schädel eines japanischen Götzen.

nehmen mußte. "Hier Polizeipräsidentur..." sagte er. "Ja, wohl... ich bin selbst anwesend. Meine Verehrung, Herr Redakteur... Sie haben Glück, meinen Sie? Da will ich nicht widersprechen... Ich fürchte jedoch, daß Sie dieses Glück nicht lange genießen werden... Da ich nämlich, wie Sie sich vorstellen können, bis an den Hals in Arbeit stecke... Haben Sie keine Angst: ich will den Sie mit einem Herrn verbinden, der Sie ganz genau informieren wird... Er sagt Ihnen, was wir wissen. Mehr dürfen Sie nicht verlangen! Einen Augenblick, weil lieber Herr Redakteur... meine Verehrung... ich will nur Doktor Drosdow vorstellen... Er legte das Hörrohr auf den Apparat zurück. "Sehen Sie..." sagte er, "das ist der Grund, weshalb ich Sie zu mir gebeten habe. Die Zeitungsredaktionen werden der Reihe nach anklingeln... Ich kann mich nicht damit befassen..."

legende Gegenstand einfach zu verwirklichen, veranlaßt seit einiger Zeit die Gerichte, mit empfindlichen Strafen gegen diese Fahrverweigerer vorzugehen. In den meisten Fällen lassen sich die Droschkenschaffere erst nach Zuführung eines schon unerschämten zu nennenden Zuschlages dazu herab, die Fahrt anzutreten. Als Veranlassung zu diesem Tun wird seitens der Droschkenführer angegeben, daß die sogenannte Beerdigung aus entlegenen Gegenden bei den heutigen Benzin-, Del- und Gummipreisen die ganze Fahrt unrentabel mache und sie niemand zwingen könne, bei einem Geschäft Geld zuzusehen. Interessante Mitteilungen über die wirklichen Ursachen der enormen Steigerung der Betriebskosten der Autodroschen und das damit verbundene hinausschnellen der Tage machte ein in einer derartigen Verhandlung als Zeuge vernommener Autofachmann. Infolge der Nummernsperrung blüht unter den Augen der Behörde ein schwunghafter Handel mit Autodroschkennummern, für die heutzutage Preise bis zu 100 000 M. gezahlt werden. Diese hohe Ausgabe werde natürlich mit einkaufiert. In dem vorliegenden Falle handelte es sich um einen 18/55 PS-Wagen mit Luxuskarosserie, der die Kleinigkeit von 325 000 M. gekostet hatte und dessen Führer sich geweigert hatte, nach dem Willemsplatz in Charlottenburg zu fahren. Daß das Geschäft der Berliner Luxusdroschkenbesitzer trotz aller Klagen doch noch ein sehr rentables sein muß, ergab die in einer Verhandlung zur Sprache gekommene Tatsache, daß ein Droschkenfahrer einem Fahrgast einen 50-Mark-Schein zureichte mit dem Ersuchen, er solle sich lieber eine Pferdedroschke nach Berlin nehmen, da er selbst unter den Linden mehr verdienen könne.

Der Vorsitzende richtete bei dieser Gelegenheit einen Appell an die geschäftstüchtigen Berliner, die in der Eile Autodroschken benutzen müssen, jeden einzelnen Fall der Fahrverweigerung unnachlässig der Fahrpolei beim Polizeipräsidenten anzuzeigen, damit im Wiederholungsfall dem Fahrverweigerer der Fahrchein entzogen würde, da die Geldstrafen, welche das Gericht verhängt, offenbar keinen Eindruck machen.

### Sparfamkeit in der Handwerkskammer.

Man schreibt uns: Als an Stelle von Rahardt zum Vorsitzenden der Berliner Handwerkskammer Herr Lubert mit 28 von 51 Stimmen gewählt wurde, erklärte der neue Präsident auf besondere Mahnung des Kommissionsrats Beutel hin, daß so sparsam gewirtschaftet werde wie es nur denkbar sei. „Wie es früher dem ehrlichen kleinen Handwerker geziemte“, wurde richtig hausgehalten. Am Haushaltsplan für 1922/1923 ist unter Titel II als Entschädigung für den ehrenamtlich tätigen Vorsitzenden der Betrag von 80 000 M. vorgesehen, der nachträglich noch durch eine prozentuale Teuerungszulage erhöht werden soll. Beim Gewerbe muß der Vorsitzende weiterbetreiben. Entgegen einem Erlaß des Oberpräsidenten vom 29. August 1921 werden auch noch den einschlägigen Vorstandsmitgliedern Sitzungsgelder erhoben. Zur „Allgemeinen Gewerbeverbesserung“ sind unter Titel VII an Reisekosten und Tagelohnern 70 000 M. vorgesehen. Eingeweihte befürchten, daß diese Summe bei dem starken Vertretungsbedarf und Befähigungsdrange des Vorsitzenden nicht ausreichen wird. In Frankfurt a. M. wurden die Einrichtungen des dortigen Handwerksamtes eingehend studiert, zur Tagung der Handwerks- und Gewerbeämtertagung vier Vorstandsmitglieder außer dem Syndikus delegiert, ein Erholungsheim in Bernigerode beauftragt, kurzum Reisen unternommen, deren Notwendigkeit gleich der Zahl der Teilnehmer im Hinblick auf das Sparprogramm gelinden Zweifeln begegnet. Zu Donnerstag ist eine Volksversammlung der Kammer einberufen worden, zu einer Zeit, als noch nicht alle Wahlen zur Handwerkskammer vollzogen waren. Es wird Sache der Mitglieder der Kammer sein, vor der Neuwahl des Vorsitzenden das Sparprogramm einer Nachprüfung zu unterziehen.

### Zehntausend-Mark-Noten.

Über die Ausgabe der neuen Reichsbanknoten zu 10 000 M. verfahren wir folgende Einzelheiten: Die neuen Reichsbanknoten, die sich durch die steigende Geldemission als notwendig erwiesen haben, sollen in kürzester Zeit ausgeben werden. Die 10 000-Mark-Noten werden vorkommendenfalls in Päckchen zu 20 Stück abgegeben. Die für die Päckchen verwendeten Streifen sollen den Ausdruck: „Ohne Gewähr, daher vor Empfang zu zählen und zu prüfen“ erhalten. Die Empfänger derartiger Päckchen müssen also die Scheine nicht nur bei Empfang zählen, sondern sie auch auf ihre Echtheit prüfen. Dieses Verfahren ist in Anbetracht des hohen Wertes der Noten zum ersten Male von der Reichsbank gewährt worden und wird sich vermutlich nicht ohne Schwierigkeiten durchführen lassen. Erfahrungsgemäß lassen sich in der ersten Zeit der Ausgabe neue Zahlungsmittel nur schwer einführen, da sie besonders von Kleinhand- und Gewerbetreibenden stets mit Mißtrauen betrachtet werden.

### Entwürfer im Tiergarten.

Im Tiergarten boten von jeher die bunten Enten einen anziehenden Anblick, die den Goldfischchen, die Koihaifische und andere Wasserlebewesen. Jetzt sind sie leider seltener geworden. Die gemeine Wildente weiß gegenwärtig meist in der Ferne, um im Herbst zurückzukehren und im Tiergarten ihr Heim, im Zoologischen Garten ihre Futterstelle zu beziehen. Und eine der schönsten Fiedeln der Gewässer ist geschwunden, — die Brautente (Aix sponsa). Dieser aus Amerika stammende Wasservogel mit dem feingezichneten buntschillernden Gefieder und dem glänzenden goldgrünen Schoppe war früher in unserem Zoologischen Garten ganz besonders stark vertreten, findet sich dort jetzt aber nur noch in wenigen Exemplaren. Auf Witten der Tiergartenverwaltung trat die Direktion mehrere Tiere an sie ab, und diese vermehrten sich im Tiergarten schnell und gewöhnten den Besuchern viele Freunde. Die Jungen wurden meist in den Zoologischen Garten gebracht und hier großgefüttert, um dann in den Tiergarten zurückzuführen. Noch in den letzten Jahren waren sie hier in Mengen zu schauen. Jetzt dagegen treffen wir sie nicht mehr an. Daß räuberische Hände sich an ihnen des schmackhaftesten Fleisches wegen vergreifen haben, ist nicht zu bezweifeln.

### Warum Privatschulen noch rentieren.

#### Hohes Schulgeld und niedrige Lehrergehälter.

Privatschulen waren früher in Berlin ein ganz rentables Geschäft. Heute klagen Privatschulunternehmer, daß die Teuerung ihnen den Zusammenbruch bringen werde. Aber es gibt Leute, die aus ihren Privatschulen auch jetzt noch trotz aller Schwierigkeiten einen nicht zu knappen Profit herauswirtschaften. Wie es gemacht wird, sieht man an der Ohmstedeschen höheren Privatschule für Knaben (Berlin, Weihenburger Straße).

Der fortschreitenden Teuerung ist Herr Ohmstedt mit den Gehaltszulagen so langsam nachgehinkt, daß er noch bis zum Schluß des Winterhalbjahres seinen Lehrkräften Gehälter zahlte, die pro Monat im Minimum mit 1512 M. und im Maximum mit 1825 M. festgesetzt waren. Eine Umrechnung ergibt, daß die Jahresgehälter zwischen 18 144 M. und 21 900 M. lagen, was einem Wochenlohn von 349 M. bis 421 M. entspricht. Man stelle sich vor, daß Lehrer, die nicht nur ihr reichliches Wochenquantum Unterrichtsstunden zu leisten haben, sondern auch für die bei jedem gewissenhaften Lehrer selbstverständliche häusliche Vorbereitung auf den Unterricht und meist auch noch für Heftkorrekturen beträchtlichen Zeitaufwand dransetzen müssen, mit einem solchen Gehalt abgefeist werden! Herr Ohmstedt möge uns nicht antworten, daß manche Lehrkräfte nicht voll bei ihm beschäftigt sind, sondern an seiner Schule nur im Nebenamt unterrichten. Auch Lehrer, die er tatsächlich voll beschäftigt, wurden von ihm so kürzigt entlohnt. Als die Lehrer mehr Gehalt forderten, und Herr Ohmstedt ihre Forderung als zu hoch ablehnte, mußten sie den Schlichtungsausschuß anrufen. Dieser setzte dann Gehaltszulagen fest, die nur deshalb beträchtlich erschienen, weil die bisherigen Gehälter so gering waren. Beispielsweise wurde das höchste

Gehalt von 1825 M. auf 3500 M. erhöht, was fast eine Verdoppelung bedeutet. Der Schlichtungsausschuß setzte die Gehaltserhöhungen in der Voraussetzung fest, daß die Eltern der Schüler in Anerkennung der schwierigen Lage der Privatschule trotz der abgeschlossenen Verträge in einer der Geldwertungen entsprechenden Weise freiwillig baldigst eine Erhöhung des Lehrgeldes eintreten lassen. Hierauf suchend erhöhte Herr Ohmstedt nach Beginn des Sommerhalbjahrs das Schulgeld, indem er von den Eltern eine entsprechende Nachzahlung auf die bereits geleisteten Zahlungen forderte. Bei ihm soll künftig das Schulgeld betragen 350 M. für Vorschule und für Sexta und Quinta, 375 M. für Quarta und Untertertia, 400 M. für Obertertia und Untersekunda. Selbst wenn nur die unteren Klassen stark und die oberen schwach besetzt wären, so daß der Durchschnitt des Schulgehaltes nicht viel über 350 M. pro Schüler hinausginge, brächte die Schule bei jetzt etwa 900 Schülern mindestens 315 000 M. pro Vierteljahr und 1 260 000 M. pro Jahr an Schulgeld!

Herrn Ohmstedt wird nachgelagt, seine Privatschule sei stets ein rentables Unternehmen gewesen und habe ihn zu einem wohlhabenden Mann gemacht. Bei einer Jahreseinnahme von jetzt reichlich 1 1/2 Million Mark wird trotz Erhöhung der Gehälter noch so viel darüber bleiben, daß Herr Ohmstedt noch lange nicht zu hungern braucht. Es wird ihm sogar möglich sein, die Kosten für die Befestigung verschiedener Mißstände aufzubringen, über die eine von einer Elternversammlung schon im Februar beschlossene und dann dem Provinzialparlament übermittelte Erklärung klagte. Die Eltern beschwerten sich über Mangelhaftigkeit von Lehrmitteln, Reparaturbedürftigkeit von Klassenzimmern und Bänken, Unzulänglichkeit der Vorkehrungen gegenüber Feuergefahr. Auch über Herrn Ohmstedts Verhältnis zu den Elternbeiräten wird Sonderbares berichtet.

### Arbeit für das Stadtparlament.

Die neue Dringlichkeitsvorlagen sind der Berliner Stadtverordnetenversammlung für die nächste Sitzung zugegangen. Die eine Vorlage betrifft den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums über die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter für Mal. Die zweite Vorlage regelt die Bezüge der Nichtangestellten vom 1. April ab. Die dritte Vorlage bringt eine Neuordnung des Manteltarifvertrages für die städtischen Arbeiter, und die vierte Vorlage verlangt von den Stadtverordneten die Zustimmung zum Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages für die nicht ständig Angestellten.

Der Dynamitanschlag auf das Elektrizitätswerk Unterpree hatte jetzt ein Nachspiel vor dem Schwurgericht des Landesgerichts III. Angeklagt wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz waren der Kinnosführer Theodor Drews und der Bodierer Wilhelm Weber. — Am 25. März vorigen Jahres rief der bereits verurteilte Haupttäter Herzberg als Bezirksführer der KAPD, und auf Befehl der Reichszentrale bzw. des Exekutivkomitees eine Mitgliederbewegung durch Gewalttate zu fördern bereit waren. Drei zu der KAPD gehörende Personen hatten eine Bläse Dynamit, vier Handgranaten, Zündschnur und Sprengkapseln mitgebracht. Nachdem man vergeblich versucht hatte, einen Kabeimast der Golpaer Hochspannungseinstellung in Baumshüwenweg zu sprengen, begaben sich die Attentäter, unter ihnen die beiden jetzigen Angeklagten, nach Spandau-Hühler in das Kraftwerk Unterpree. Die acht Mann starke Belegschaft wurde mit Pistolen so heftig getrieben und ständig bedroht. Der an der Schalttafel vorgenommene Sprengversuch hatte glücklicherweise nur den Erfolg, daß eine alte Schmieröl-Lampe betriebsunfähig wurde. — Vor Gericht erbat Justizrat Dr. Viktor Fränkl für die Angeklagten die Zuhilfenahme mildernde Umstände, da es sich um eine aus politischer Ueberzeugung begangene Tat handelte. Die Geschworenen billigten den Angeklagten, da sie auch nicht die eigentlichen Haupttäter seien, mildernde Umstände zu und das Gericht erkannte gegen Drews auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 11 Monaten der Untersuchungshaft und gegen Weber auf 1 1/2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten der Untersuchungshaft.

Einem grauen Druckschleier ist ein in Weiden erscheinendes Vorortblatt zum Opfer gefallen. Das Blatt berichtet am Donnerstagabend über die zwischen dem Berliner Engroschleiermeistern und deren Stellen auf dem Zentralviehhof bestehenden Lohnunterschieden, überschreibt aber die Mitteilung wie folgt: „Streik auf dem Zentralviehhof — Die Fleischversorgung Berlins ist dadurch gefährdet.“ — Die Fleischversorgung Berlins mit dem Zentralviehhof in Verbindung bringen würde schließlich noch die russisch-bolschewistischen Zustände übertreffen heißen und wohl allen Berlinern die Freude am Sonntagbraten verderben.

Die staatlich anerkannte soziale Frauenschule, Berlin W 30, Barbarossastr. 65 (weiterhin Dr. Alice Salomon) wird zu Beginn des neuen Schuljahres Oktober 1922 mit einem Internat verbunden, das vom Deutschen Roten Kreuz für die Soziale Frauenschule errichtet worden ist. Es wird dadurch jungen Mädchen, die sich auf den Beruf der Wohlfahrtspflege vorbereiten wollen, die Möglichkeit gegeben, in dem zur Schule gehörigen Heimathaus des Deutschen Roten Kreuzes geeignete Unterkunft und gute Verpflegung zu finden. Das Rote Kreuz hat außerdem erhebliche Mittel bereitgestellt, wodurch es möglich wird, die Internatverhältnisse billiger zu gestalten. Anmeldungen sind gleichzeitig mit Anträgen um Aufnahme in die Schule an die Geschäftsstelle Berlin W 30, Barbarossastr. 65, zu richten.

Kirchenbrand. Auf eigenartige Weise entstand am 1. Feiertag im Turm der Georgenkirche ein Brand. Durch Heißlaufen eines Orgelmotors fingen Holzteile zu brennen an. Sechs Löschzüge der Feuerwehr besichtigten in einer Stunde die größte Gefahr. Es ist ein erheblicher Sachschaden entstanden.

Steuer für Kirchhofwasser. Auf zahlreichen Berliner Kirchhöfen sind jetzt Plakate angehängt, wonach das eigene Begießen von Gräbern durch Angehörige oder deren Beauftragte nur gegen 5 Pf. auf ein er zu bezahlenden Viehlarie erlaubt ist. Die Gebühr auf den einzelnen Kirchhöfen ist verschieden. Diese Maßnahme wird, da viele Kirchhöfe an die Wasserleitung angeschlossen sind, mit der hohen städtischen Wasserabgabe begründet. Das Wasser aus den Tiefbrunnen der Kirchhöfe kostet doch aber nichts. Hieran wird häufig verdient.

Ein schweres Bootsunglück vor der Pregelmündung ereignete sich am Pfingstmontag. Ein Ruderboot, in dem sieben Personen einen Ausflug unternommen hatten, kenterte, als einer der Insassen ins Wasser sprang, um ein Bad zu nehmen. Zwei Frauen und zwei Männer aus Pomeranien sind ertrunken.

Die Befragung der ermordeten Dorothea Schmidt aus der Prenzlauer Straße fand gestern nachmittag unter großer Beteiligung auf dem Nikolaisriedhof in der Prenzlauer Straße statt. Tausende von Frauen und Kindern hatten sich schon frühzeitig vor dem Kirchhof versammelt, um dem kleinen Mädchen die letzte Ehre zu erweisen. Der Andrang war so groß, daß Beamte der Schutzpolizei für Ordnung sorgen mußten. Nach der Feier entdeckten drei Damen, daß Taschenbriebe die Gelegenheit benutzte und ihnen ihre Handtaschen gestohlen hatten.

Reichs-Berliner Verkehr hat seinen neuen Sommerfahrplanbuch herausgebracht. (Verlag Berlin W. 50). Der Fahrplan ist nach dem neuesten Stand ergänzt, weist aber, um ein paar Seiten zu sparen, immer noch die unangenehme und seinen Gebrauch erschwerende Eigenschaft auf, bei den Dersichtsbahnen eine Anzahl Züge summarisch in einer Spalte zu erörtern. Straßenbahn, Dampfer und Eisenbahnverkehr sind gut berücksichtigt.

Deutsche Patentrechte in den Vereinigten Staaten. Der Bund der Auslandsdeutschen weist deutsche Eigentümer darauf hin, daß am 2. Juli d. J. die Frist abläuft, innerhalb welcher sie ihren Anspruch auf Vergütung der durch etwaige Verwertung ihrer

Patente auf Grund des amerikanischen Gesetzes über den Handel mit dem Feind“ entstandenen Gewinne wie auch auf Aufhebung der Verwertungsverbote geltend machen können. Eigentümer, die bislang die erforderlichen Schritte nicht eingeleitet haben, sollen dies in Anbetracht der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit nunmehr umgehend tun. Der Bund der Auslandsdeutschen E. W., Abt. Amerika, Berlin, Burgstraße 30, ist zu weiteren Auskünften bereit.

### Arbeiterjugendtage in Bonn und Kottbus.

Bonn, 6. Juni. (WZ.) In Bonn waren an den Pfingsttagen etwa 5000 Mitglieder der sozialistischen Arbeiterjugendvereine des Rheinlandes versammelt. Bei einer Feier, die dem in Bonn geborenen Komponisten Beethoven gewidmet war, sprach der Verbandsvorsitzende Westphal-Berlin. Ein Vertreter des Oberpräsidiums von der Stadt Bonn würdigte die kulturelle Arbeit der sozialistischen Jugendbewegung. Am Pfingstsonntag fand eine Massenversammlung unter freiem Himmel statt, auf der Reichstagsabgeordneter Solmann über „Jugend, Republik und sozialistische Internationale“ sprach. Er betonte, daß die sozialistische Jugend trotz des internationalen Ideals ihren Kampf im Rahmen der Nation führen müsse und wandte sich scharf gegen die Bestrebungen am Rhein, einen Zwergstaat zu gründen. Die rheinische Arbeiterjugend halte fest zur deutschen Republik. Ein langer Zug marschierte dann zum Venusberg. Am Abend fand ein Fackelzug vor dem Beethoven-Denkmal statt. Am Pfingstmontag sprach der Universitätsprofessor Berwene über „Jugend, Sozialismus und neues Menschentum“.

Über 2000 Jugendliche waren dem Rufe der Arbeiterjugend gefolgt, um in Kottbus ihre Stimme für die Republik und den Sozialismus zu erheben. Am Sonntag in aller Frühe marschierte der städtische Zug zum Turnplatz der Freien Turnerschaft. Bald folgten die ersten Spiele ein und die ersten Regentropfen. Gegen 10 Uhr vormittags zog der Zug zum Marktplatz, wo Genosse Walter Rüdiger in einer kurzen Ansprache die Bedeutung des Arbeiterjugendtages würdigte. Ein Vertreter des Magistrats und der Stadtverwaltung überbrachte der Jugend den Willkommengruß der Stadt. Der Nachmittag wurde wiederum im freien Verkehr verbracht. Der Abend brachte im Konzerthaus, dessen großer Saal vollständig überfüllt war, eine gut gelungene Jugendfeier. Musikvortrüge, Rezitationen und andere Darbietungen lösten einander ab und gaben der gelungenen Veranstaltung ein wirklich künstlerisches Gepräge.

Der zweite Feiertag war ganz der Erholung gewidmet. Unter Führung von Kottbuser Genossen fanden Gruppenwanderungen durch den Spreewald statt. Den Höhepunkt bildete ohne Zweifel die Kahnfahrt durch den Spreewald. 88 Kähne standen zur Verfügung und konnten über siebenhundert Jugendliche aufnehmen. Das war ein lustiger Zug, und die tiefen Eindrücke, die der von der Natur so reich gesegnete Spreewald bei allen, Alten wie Jungen, hinterlassen hat, wird unvergessen bleiben. Abends fand im Schützenhaus in Kötzenau ein zwangloses Beisammensein statt. Dem zufällig hier anwesenden Reichstagspräsidenten Genossen Löbe wurde von der Musikgruppe ein Ständchen gebracht. Zu schnell waren die schönen Stunden dahingeflossen und mit Bedauern wurde die Heimfahrt angetreten.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

#### Heute, Mittwoch, den 7. Juni:

- 17. Kreis, Lichtenberg, 7 1/2 Uhr Kreisvorstandssitzung bei Kofke, Frankfurter Allee, Ecke Gubenstraße. Esmilische Abteilungsleiter, alle Mitglieder des Lichtberger Arbeitervereins sind willkommen.
- 18. Wkt. Schlegelstraße, 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Oberrealschule, Kottbusstraße 2-3.
- 19. Wkt. Neustadt, 7 1/2 Uhr bei Wante, Nonnenstr. 1, Sitzung der Funktionäre.

#### Morgen, Donnerstag, den 8. Juni:

- 10. Wkt. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei Stein, Poststr. 3, Funktionärenversammlung.
- 11. Wkt. Lichtenberg, 7 1/2 Uhr Funktionärenversammlung bei Jorick, Steglitzerstraße 2. Bitte beabsichtigter Verhandlung erscheinen aller erforderlich.
- 12. Wkt. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr im Jugendheim Funktionären- und Vorstandssitzung.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Norden III, Freitag 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zum Hagen“, Ecke Müller- und Grotzstraße. Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsveteranen und Kriegshinterbliebenen, Bezirk II (Ost): Mitgliederversammlung am 7. Juni, 1/2 Uhr, Schmitz-Gesellschaftsraum, Kottbusstr. 36a. — Bezirk III: Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 7. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Wittorf“, Ecke Wilmersdorfer-Str. 22. Vortrag über: „Soziale Fürsorge“. — Bezirk IV (Süd): Mittwoch, den 7. Juni, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung, Wassertriftstraße 66, Silesings Ballhaus.

### Sport.

Die Strausberger Rennbahn wurde gestern nach fünfjähriger Pause wieder eröffnet. Der Besuch war sehr gut, das sportliche Ergebnis befriedigend.

- 1. Rennen: 1. Grit (Bismarck), 2. Tambur (Isabelle), 3. Grotz (Ankuser), Tot.: 20:10, Platz: 11, 13:10. Ferner liefen: Sarastro, Doppy.
- 2. Rennen: 1. Harich (S. Scholz), 2. Gallipoli III (Wobbel), 3. Xarbin (Ganle), Tot.: 26:10, 3. Hefen.
- 3. Rennen: 1. Gement (Staudinger), 2. Maxfomane (Preisler), 3. Gessy (Dempff), Tot.: 32:10, Pl. 14, 21, 15:10. Ferner liefen: Ulnado, Gencelle, Grandioso, Redbar, Wack Wack, Silke, Calliopeja.
- 4. Rennen: 1. Redusa (Reis), 2. Corona (Wobbel), 3. Smeragd (Vorauß), Tot.: 35:10, Pl. 24, 21:10. Ferner liefen: Ballball, Grotzbrügge, Kollgold.
- 5. Rennen: 1. Verleus (Kerbel), 2. Voel (Voss), 3. Radinger (Walt. Heuer), Tot.: 18:10, Pl. 13, 20:10. Ferner liefen: Sigart, Silba.
- 6. Rennen: 1. Snob (Kerbel), 2. Parma II (S. Scholz), 3. Witrail (L. Zepid), Tot.: 15:10, Pl. 12, 19, 20:10. Ferner liefen: Bahjan II, Wühlst, Kalmest, Hlonden (gef.), Presto (ang.), Soarfeld (ang.), Kerzberg (ang.), Wadover (gef.), Obei (gef.), Reichsgrafin.
- 7. Rennen: 1. Brigade (Dempff), 2. Wladar (Staudinger), 3. Raggie (Guguenin), Tot.: 53:10, Pl. 19, 17, 23:10. Ferner liefen: Eichen, Trugflug, Redarbus, Danstein.

### Arbeitersport.

Ein Werkschwimmklub durch den Landwehrkanal im Südosten Berlins veranlaßt aus Anlaß des Reichsarbeiterfestes am Sonntag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr, der Schwimmverein Bornhörs Berlin 1907, Start in an der Reichsstraße (Tiefenbrücke), bei Urbanhofen, gegenüber dem Planer. Es werden über 500 Meter geschwommen. Der S. S. Bornhörs bildet in diesem Jahre auf ein Wöchentliches Wirken für die Sache der sportliebenden Arbeiter zurück und betrachtet es als seine vornehmste Aufgabe, möglichst weiten Kreisen des Proletariats die Kunst des Schwimmens beizubringen. Darüber hinaus will er durch planmäßige Pflege des Schwimmens körperlich und geistig kräftige Menschen heranzüchten. Übungsstunden finden statt während des Sommers in Wilmersdorf, Wilmersdorf, Lichtenberg (Seebad) und im Alten Studentendamm, Kottbusstraße. Jede gemüthliche Auskunft erhält man dort oder schriftlich durch F. Reif, Berlin W. 57, Dönhofsstr. 7 L.

### Briefkasten der Redaktion.

Beiliegende Kunststoffe sind nicht erhältlich. — Jeder der den Briefkasten bestimmen Anträge läßt man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Bitte Anträge tragen man in der Beiliegenden Beilage, Einblend. 3. 1. Hof str. 1. Nr. 1. Schriftliche und Briefe sind mitzubringen.

W. S. Das Gesetz ist noch nicht veröffentlicht. Wir können daher Ihre Frage nicht beantworten. — Caput, 3000 M. Wir nehmen an, daß es sich um die Elternerente handelt. — R. B. 1921. 1. Bis Juni 1921. 2. Bis 1. März 1922.

Weiter bis Donnerstag mittag. Nämlich warm, trocken und meist heiter bei mäßigen, vorwiegend nordwestlichen Winden.

**Stoffe** für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf nur an **Koch & Seeland G. m. b. H.** Gertraudenstraße 20-21.

# Kampf gegen das Bodenmonopol.

Die materialistische Geschichtsauffassung hat uns erkennen gelehrt, welche Rolle im inneren Leben der Völker das Ringen zwischen den einzelnen Klassen um wirtschaftliche, politische und soziale Errungenschaften spielt, das sich äußerlich vielfach als Kampf um den Besitz der Produktionsmittel kennzeichnet. Kaum auf einem anderen Gebiete zeigt sich das so deutlich wie bei der Bodenbesitzverteilung. Im preussischen Osten hat die Zeit vom 15. bis zum 19. Jahrhundert einen erbitterten Kampf zwischen dem Großgrundbesitz einerseits und den Bauern und dem übrigen Teil der Landbevölkerung andererseits gesehen. Gesetzgebung und Verwaltung haben, im ganzen genommen, den Großgrundbesitz gestützt und haben dazu beigetragen, daß der Großgrundbesitz in seiner heutigen Form und seinem heutigen Umfang sich auf Kosten der kleinen Landbesitzer herausgebildet hat. Die Geschichte entrollt uns hier eine Tragödie sondergleichen. Das monopolistische Herrrentum, das beruht auf der Ausbeutung fremder Arbeitskräfte, hat in weitem Umfange das vorkapitalistische Kleinrentum selbstwirtschaftender Eigentümer verdrängt, den Grund und Boden nur als Produktionsmittel, nicht aber auch als Machtmittel benutzt. Das ist nicht etwa eine einseitige parteipolitische Behauptung, sondern wissenschaftlicher allerersten Ranges, welche aus bürgerlichem Lager stammen, haben auf Grund eingehender urkundlicher und archivartiger Studien den überzeugenden Nachweis dafür geliefert. Freilich spricht man in bürgerlichen Kreisen nicht davon.

Es braucht an dieser Stelle nicht näher dargelegt zu werden, was die durch diese Entwicklung herbeigeführte gewaltige Uebermacht des Großgrundbesitzes für unser wirtschaftliches, politisches und soziales Leben bedeutet hat. Nur daran sei erinnert, daß es dank des Dreiklassenwahlrechts und dem dadurch bedingten Einfluß auf die preussische Gesetzgebung im glanzreichen kaiserlichen Deutschland möglich gewesen ist, die Landarbeiter als Menschen zweiter Klasse zu behandeln. Das Verbot des Koalitionsrechts, die unwürdigen Gefährdungen, das fast völlige Fehlen einer kräftigen gewerkschaftlichen Organisation sprechen hierfür Bände.

Es war eine der ersten Handlungen der Republik, hier Wandel zu schaffen. Aber die Republik hat noch etwas anderes getan. Erkennt man das Monopol des Großgrundbesitzes als etwas Volksfeindliches und Schädliches an, so muß man daran gehen, es zu überwinden. In diese Richtung weist die Verordnung vom 29. Januar 1919 über die Beschaffung von Land-

wirtschaftlichem Siedlungsland, welche von dem Rat der Volksbeauftragten erlassen ist, dem damals nur Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei angehörten. Sie soll eine bessere Verteilung des Grundbesitzes herbeiführen. Ihre weittragendste Bestimmung ist die, daß in den Bezirken, in denen die großen Betriebe über 100 Hektar — die sich freilich mit dem Großgrundbesitz nicht decken, letzterer ist noch viel umfangreicher! — bei der Betriebszählung im Jahre 1907 mehr als 10 Proz. betragen, mindestens ein Drittel ihrer Fläche zur Abrundung hergeben sollen. Ferner wird vorgeesehen, daß die Landarbeiter unabhängig von ihrem Arbeitsverhältnis Pachtland erhalten sollen, und daß das hierzu erforderliche Land im Wege der Zwangspachtung oder Enteignung von den größeren Besitzern zu beschaffen ist, welche ständig auf fremde Arbeitskräfte angewiesen sind.

Dieses Gesetz ist dem Großgrundbesitz nicht angenehm. Man versucht daher alles, um das Gesetz zu diskreditieren oder es nach Möglichkeit unschädlich zu machen. Die Anzeichen dafür mehrten sich, daß es sich hier um eine planmäßige Aktion handelt. Zunächst sucht man die Männer zu verunglimpfen, deren Namen unter der Verordnung stehen. Erst kürzlich wies die „Deutsche Tageszeitung“ hämisch darauf hin, daß das Gesetz ja gar nicht von den sozialdemokratischen Volksbeauftragten stamme, sondern von den Vorkämpfern der Siedlungsbestrebungen aus bürgerlichem Lager. Es ist unerschrocken, welchen Zweck diese Feststellungen eigentlich haben sollen. Auch im alten Deutschland haben bekanntlich die Reichszentraler und Minister ihre Gesetze nicht persönlich ausgearbeitet, und wenn man historischen Vorgängen nachspüren will, wie das die „Deutsche Tageszeitung“ versucht, so kann man noch auf andere interessante Vorgänge verweisen. Auch die berühmte Städteordnung des Freiherrn vom Stein ist bekanntlich weder aus seiner Feder geflossen, noch aus der seiner engeren Mitarbeiter. Ein der Regierung gar nicht angehöriger Königsberger Jurist hat ihm den Entwurf geliefert, der nachher in großen Teilen unverändert Gesetz geworden ist. Aber es kommt hierauf gar nicht an. Das Entscheidende ist vielmehr folgendes: Welchen Einfluß hatten denn die Vorkämpfer der Siedlungsbestrebungen in dem so viel gepriesenen schwarz-weißroten Deutschland? Sie waren Offiziere ohne Soldaten. Es war unmöglich, ihre Forderungen im Preussischen Landtag durchzubringen. Tatsächlich ist denn auch infolge erheblicher Hemmungen in der Gesetzgebung und Verwaltung trotz vielen Redens und Schreibens nicht allzuviel geschehen. Auch die begeistertsten Lobredner des alten Systems müssen anerkennen, daß in den 32 Jahren von 1886 bis 1918 im ganzen preussischen Staate nur etwa 20 000 Bauernstellen und 20 000 kleinere Stellen geschaffen worden sind, das sind

also jährlich durchschnittlich nicht mehr als 1250 Stellen, welche nicht einmal nur für die landwirtschaftliche Bevölkerung bestimmt waren, sondern (z. B. in Westfalen) auch zur Versorgung von Industriearbeitern gedient haben.

Es kann daher offen ausgesprochen werden: Ohne die Revolution von 1918 würde ein grundlegender Schritt in der Siedlungsgesetzgebung gänzlich unmöglich gewesen sein, und es wird für immer ein Ruhmestitel der Volksbeauftragten sein, daß sie die Verordnung vom 29. Januar erlassen haben, ohne erst das Zusammentreten der Nationalversammlung abzuwarten. Sie haben dadurch die Grundlage zu einer Aktion gelegt, die auch für die Arbeiterklasse von höchster Bedeutung ist.

Wenn der Großgrundbesitz, der von seiner Machtstellung freiwillig nichts aufgeben will, sich schon mit dem Gesetz abfinden muß, so versucht er doch auf jede Weise, es unschädlich zu machen. Hierüber ließen sich viele erbauliche Einzelheiten erzählen. Für heute sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß neuerdings bei den Reichstagsverhandlungen zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums und des Ernährungsministeriums von den Rechtspartnern wiederholt gefordert ist, daß die Ausführung des Siedlungsgesetzes, das an die Stelle der Verordnung vom 29. Januar getreten ist, vom Reichsarbeitsministerium auf das Ernährungsministerium übertragen soll. Hierbei spielen die verschiedensten Motive eine Rolle. Einmal will man, wie kürzlich von Kreisen der Rechten zugegeben ist, das Ernährungsministerium, das allmählich abgebaut werden soll, künstlich am Leben erhalten. Dazu kommen auch, wie gewisse Presseveröffentlichungen der letzten Zeit ersehen lassen, persönliche Motive. Den Hauptgrund bei allem aber bildet die Hoffnung des Großgrundbesitzes, daß er für seine Wünsche im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein willigeres Ohr finden werde als beim Reichsarbeitsministerium. Begründet man doch die ganze Aktion damit, daß dem Reichsarbeitsministerium das nötige Vertrauen der maßgebenden Kreise der Landwirtschaft fehle. Es handelt sich hier also um einen versteckten Versuch, die Durchführung des Reichs-Siedlungsgesetzes planmäßig zu hemmen.

Noch immer hat in der Geschichte jeder Versuch der unterdrückten Klassen, ihre Lage zu verbessern, scharfe Gegenmaßnahmen der bevorrechteten Monopolisten ausgelöst. Auch in dem Kampf um den Grund und Boden sehen wir eben dieselbe Erscheinung. Das arbeitende Volk Deutschlands hat alle Veranlassung, auf diese Machenschaften ein wachsam es Auge zu richten und allen, welche die wenigen Fortschritte der letzten Jahre wieder rückgängig machen wollen, entschieden zuzurufen: **Niemals!**



„Servus“ merke sich ein jeder, putzt die Schuh - erhält das Leder.

**Theater, Lichtspiele usw.**  
**Opernhaus**  
**Aida**  
 6 1/2 Uhr  
**Schauspielhaus**  
**Napoleon**  
 7 1/2 Uhr  
**Komische**  
 7 1/4 Oper 7 1/2  
**Der Meister vom Montmartre**  
 Offenbachs Liebeslied.

**Deutsch. Theat.**  
 7 Uhr: Potasch u. Perimutter  
 8 1/2 Uhr: Potasch und Perimutter  
**Kammerspiele**  
 8 1/4: Vatermord  
 8 1/2: Vatermord  
**Gr. Schauspielh.**  
 (Karlstraße)  
 7 1/4: Die verunkelene Glocke  
 8 1/2: Die verunkelene Glocke  
 „Die wunderliche Geschichte des Kapellmeisters Kreller“ im Th. Krellerstr. 1. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr  
**Komödienhaus**  
 11 U.: „Gretchen“  
 Glöckner, Roberts.  
**Berliner Th.**  
 7 30: Madame Pliri  
**Casino-Theater**  
 Lottstraße Nr. 37. Tägl. 7 1/2  
 Schluß am 12. Juni:  
**Der Nette aus Afrika**  
 Vorher: Letzte Rose  
 Singpiel in 1 Akt  
 Wiedereröffnung  
 11. August.  
**Theater d. Kottb. Tor**  
 Wallstr. 15 077  
 Allabendl. 7 1/2  
**Elite-Sänger**  
 Was sich d. Welt erküßt — 11  
 „Der Kaplan“

**Residenz-Th.**  
 Täglich 8 Uhr:  
**Eine Frau ohne Bedienung**  
 Arnold Korff  
 Adele Sandrock  
**Trianon-Th.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Moral**  
 Burg, Limburg, Junkermann, Schrotth  
**Theater des Ostens**  
 (Rose-Theater)  
 Auf d. Gartenb. 5 U.  
 Berlin-Wiesbadenweg

**Central-Theater**  
 8 U.: Mädels v. Davos  
 Deutsch Opernhaus  
 7 1/2: Das Hofkonzert  
**Intimas Theater**  
 Thäl. 6 Uhr:  
 Die Peitsche und? — Laut doch nicht immer nach herum  
**Lustspielhaus**  
 Thäl. 8 Uhr:  
**Der Werwolf**  
 Metropol-Theater  
 Tägl. 7 1/2 Uhr:  
**Die Bajadere**  
 Neues Operett.-Th.  
 Gustaf-Str. 10  
 Tägl. 8 Uhr:  
 Casanova's Sohn  
**Neues Th. am Zoo**  
 Täglich 8 Uhr:  
 Scampolo  
 Neues Volkstheater  
 7 1/2 U.: Schuster Alolos  
 Schiller-Th. Charl.  
 8 U.: Charleys Tante  
**Thalia-Theater**  
 Thäl. 7 1/2 Uhr:  
 Die Herren von ...  
**Th. a. Nollendorpl.**  
 Tägl. 7 1/2 Uhr:  
**Verliebte Leute**  
**Theater d. Westens**  
 11 U.: Elga  
 Wallner-Theater  
 Tägl. 7 1/2 Uhr:  
 D. heid. Nachtigallen  
**Walhalla-Theater**  
 Tägl. 8 Uhr:  
 Gasthaus zur Liebe

**Metropol-Varieté**  
 Behrenstr. 54  
 8 Uhr  
 Gastsp. d. Rhein. Komikers  
 Carl Bolesko u. 10 neue intern. Varieté-Schlager  
**Pelzhaus**  
**ABUCCO**  
 Leipziger Str. 58  
 Zahlungserleichterung  
**Zinn**  
 Gold-, Silber-Bruch  
**Quecksilber**  
 Blei, Kupfer, Platin usw.  
 kauft a. Engrospreisen  
 Scharnow, Lange, Str. 35  
 am Schöneberg Bahnh.  
**10 000 Mk.**  
**Erfinder**  
 kauft a. Engrospreisen  
 Eisen, Stahl, Kupfer, Blei, Zinn, Nickel, Messing, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Eisen, Stahl, Kupfer, Blei, Zinn, Nickel, Messing, Bronze, Silber, Gold, Platin  
**Patente**  
 Dr. Bogdan, Geschäftl. des Erfind. Vereins  
 Berlin SW 61.



Eben, weil sie liebevoll und herzlich zugleich ist, wird sie auch der Dame von Geschmack bald unentbehrlich werden.  
**Maffary-Delft, edel wie der Name.**

Sonnabend, den 10. Juni 1922, im Gesamt-Etablissement „Neue Welt“, Hasenheide 108-114

## Feier des 25jähr. Bestehens der Verwaltungsstelle Berlin des Deutsch. Metallarbeiter-Verbandes

Im Garten: Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. Bei Eintritt der Dunkelheit: Brillant-Feuerwerk.  
 Im gr. Saal: Fest-Programm unter Mitwirkung des Blüthner-Orchesters und des Männer-Gesangsvereins „Fichte-Georgia“.

Kasseneröffnung 2 Uhr. \* Garten-Konzert ab 4 Uhr. \* Saalöffnung 6 1/2 Uhr.  
 Der Eintrittspreis einschließlich Steuer beträgt 6 Mark.

Billetts für Vertrauensleute und Mitglieder sind im Verbandshaus, N 54, Linienstraße 83-85, großer Saal parterre (Schalter 3) erhältlich.

Im Interesse des Gelingens einer würdigen Feier laden wir alle Kollegen nebst Angehörigen freumblickt ein.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Karte Gebisse**  
 nach Versehen, zahllos!  
**Zahn 35-500**  
 Kappellstr. 10  
**Platin-Gold-Silber-Bruch**  
 Mithras-Terrapin  
**Herrmann**  
 Wilhelmstr. 39  
 nahe Leipziger Straße.

**Stein der Weisen**  
 Das Original aller Nagelpollersteine  
 Stück M. 15,-. Ueberall erhältlich.  
**KOPP & JOSEPH**  
 BERLIN W 50  
 Potsdamer Straße 122.

Bei **Schwäche, Neurasthenie**  
 beiderlei Geschlechts  
**Dr. Hoffbauers Yohimbin-Lecithin-Präparate**  
 Eine vollwertige Ergänzung des im Körper verbrauchten Nervstoffes  
 Auswärtige Literatur kostenfrei  
**Elefanten-Apotheke, Berlin SW., Leipziger Straße 74**  
 am Dönhofsplatz — Fernsprecher: Zentrum 7192  
**Belagte Mütter**  
 Dr. Rodrich (Vollkraft) über das Verbleiben des Arbeiters Friedrich Fleischer, 25 Jahre alt, aus Böhmen, Frau Fleischer in Großdorf bei Braunau in Böhmen.

# Persil bleibt Persil

in alter bewährter Güte!

Ohne Chlor! Wäscht, bleicht und desinfiziert. Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DUSSELDORF, auch der alibewährten „MENKO“ (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).

geeignet für alle Arten von Wäsche.

Preis des Pakets 12 M. Niemals losel! Nur in Originalpackung!

## COMMERZ- UND PRIVAT-BANK

AKTIENGESELLSCHAFT  
HAMBURG-BERLIN

GEGRÜNDET 1870

170 NIEDERLASSUNGEN · 100 DEPOSITEN-KASSEN  
160 GESCHÄFTSSTELLEN VERBÜNDETER BANKEN

**KAPITAL 350 000 000 M.**  
**RESERVEN 352 000 000 M.**

Der Geschäftsbericht 1921 ist erschienen und wird an unseren sämtlichen Geschäftsstellen den Aktionären ausgehändigt.

### Reise- und Sportartikel

inferieren Sie mit hervorragendem Erfolg im „Vorwärts“



- |   |                   |   |                   |
|---|-------------------|---|-------------------|
| *Herren-Hemden festes Gewebe  | 37 <sup>00</sup>  | *Kinder-Sweater für d. Sommer, schöne Farben          | 14 <sup>00</sup>  |
| Herren-Hemden angerauht, für den Winter                                       | 72 <sup>00</sup>  | Damen-Handschuhe                                      | 4 <sup>50</sup>   |
| Herren-Unterhosen festes Gewebe   | 16 <sup>00</sup>  | Strümpfe für Damen und Kinder durchweg                | 5 <sup>75</sup>   |
| *Herren-Unterhosen laköper-nessel   | 45 <sup>00</sup>  | Damen-Schlupfhöschen in schönsten Farben              | 45 <sup>00</sup>  |
| Herren-Unterhosen Vigogne   | 59 <sup>00</sup>  | *Piqué-Barchent weiß, vorzügliche Qualität            | 46 <sup>00</sup>  |
| Herren-Unterhosen Mako, 2-fädig, sehr haltbar, in allen Größen                | 72 <sup>00</sup>  | Gerstenkorn-Handtuchstoff extra breit Meter           | 30 <sup>00</sup>  |
| Herren-Socken M. 21.00, 19.50   | 8 <sup>50</sup>   | Herren-Ulster haltbare, gute Qualität von M.          | 300 <sup>00</sup> |
| Hosenträger Gummiband, mit Lederteil, M. 19.50                                | 17 <sup>50</sup>  | Herren-Litewken aus Buckskin von M.                   | 125 <sup>00</sup> |
| *Strickbinder in schönen Mustern mit kl. Fehlern                              | 15 <sup>00</sup>  | Jackett-Anzüge dreiteilig, aus sehr haltbaren Stoffen | 450 <sup>00</sup> |
| Sportkragen   | 3 <sup>50</sup>   | Militärhosen schwarz, sehr haltbar                    | 275 <sup>00</sup> |
| Sporthemden mit Klappmanschett, u. weichem Kragen aus vorzüglichem Sportstoff | 185 <sup>00</sup> | Herrenhosen gestreift, feste Qualität                 | 150 <sup>00</sup> |
| Herren-Strohhüte mod. Form  | 18 <sup>00</sup>  | Unterwesten mit Kapok wattiert, mit und ohne Aermel   | 45 <sup>00</sup>  |
| Kinder-Strohhüte  | 15 <sup>00</sup>  | *Bukskin-Reste 140 cm breit, Meter                    | 70 <sup>00</sup>  |

- |   |                   |
|---|-------------------|
| *Barchent-Decken 190 x 140 cm                                     | 69 <sup>00</sup>  |
| Kammgarn-Cheviot blau, 140 cm br., reine Wolle, für Damen-Kostüme | 235 <sup>00</sup> |

# BAER SOHN

Berlin nur Chausseestr. 29/30

Anmerkung: Angebote freibleibend. Verkauft rationiert.

Aufträge von Außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt.

Die mit \* bezeichneten Waren kommen nicht zum Versand.

### KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 3.00 M. Anzeigen die für die kleine Anzeigenspalte bestimmt sind, müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Hauptredaktion des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 1, abgegeben werden. Anzeigen bei nachmittags von morgens 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr anstretend gelistet.

### Verkäufe

Befreies Kappische sind weitbekannt; einzige Verkaufsstelle seit 1883 nur Oranienstr. 126. Noch reiche Vorräte.

Kreuzstiche, Mantelstiche, sämtliche Polsterarbeiten, sportliche Sommerkleidung, Reine Bombardware, Leibhaus Rosenholzerstr. 309/4, Ecke Rosenholzerstr.

Sibirische Kerosinlampen, selten schön, 75, prachtvoller Silberstich 750, außerdem Silberstich, Silberstich, Goldmann, Silberstich, Silberstich, 44 II, Ecke Kommandantenstr.

### Musikinstrumente

Saxophon billig, Defet, Reaustr. 17 (Gewerbehof).

Violas, Gelegenheitskäufe, billig, Dittmar, Große Frankfurterstr. 44.

### Kaufgesuche

Radrennanlauf, Vinienstr. 10, 149A

Radrennanlauf, höchstehend, Gieselerstr. 78.

Metallschmelze, Kranenstraße 85 (nur im Laden), kauft Fahrradteile, Violinstimmen, Goldschmied, Silberstich, Quecksilber, sämtliche Metalle.

### Unterricht

Deinrich Reuters Privat-Zuschneideschule Alexanderplatz (Eingang Köpenickerstr.) Tages-, Abendkurse, Herren-, Damen-, Schneiderei, Putzerei, Schnittzeichnen, Aufschneiden, Nähen, Schnittmuster.

Barbiergeschäft sucht Dittmann, Berlin-Friedrichshagen, Luisenstr. 3.

### Verschiedenes

Gewissenhafte Untersuchung, Auskunft. Erfahrene Hebammen Edel, Bülowstr. 62.

Vertrauensvolle Auskunft, Arzt zur Stelle. Hebammen Dwig, Neue Königstr. 37 (Alexanderplatz).

### Arbeitsmarkt

Stellengesuche  
Mitarbeiter mit Ansehen sucht Stellung. A. 42, Hauptpoststation Vorwärts.

### Stellenangebote

Schlossergesellen als Helfer verlangt. Wuma, Charlottenburg, Schillerstr. 91.

Stielbandmaschinenmeister, der auch mit Rindfleisch vertraut ist, sucht sofort. Rotoplat, Alexanderstr. 110, 10716.

Tüllhändlerin sucht Kaufmann u. Stausch, Charlottenstr. 65, 10919.

Arbeiterin auf Kleider verlangt. Polig, Rotbusenstr. 93, 12045.

Kaufmännin sucht Eiderstr. Weiß, Gieselerstr. 27-28, 10716.

Nähmaschinen mit Nähmaschine, für elegante Kleider, Bombholzer und garnierte Bettwäsche erhalten außer dem Hause sofort Beschäftigung. Wohnungen von 9-1 Uhr. A. Wertheim, Rotoplat.

Stellmacher NAG überbrückt.

Tüchtiger Zimmerpolier  
Sucht h. hohem Tarif- Lohn dauernde Beschäftigung. Unterrichts- und Stützstellen werden gewährt. Umgehende Meldungen mit Zeugnisabschriften sind zu richten an: Graun & Steinhaus, Baugewerkschaft Tempelburg, Tempel.

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung.

Schleifer auf Steinen und Blöcken, für größere Arbeiten.

Druckpolierer für größere Arbeiten, für die Presse- und Buchdruckerei.

Gürtler für die Presse- und Buchdruckerei, für die Presse- und Buchdruckerei.

Einrichter für die Presse- und Buchdruckerei, für die Presse- und Buchdruckerei.

Einrichter für die Presse- und Buchdruckerei, für die Presse- und Buchdruckerei.

Werkzeugmacher, für die Presse- und Buchdruckerei, für die Presse- und Buchdruckerei.

Schraubendreherinnen, für die Presse- und Buchdruckerei, für die Presse- und Buchdruckerei.

R. Frisier Akt.-Ges., Berlin-Oberbismarckstr.

Tüchtige Verkäuferinnen

für Damenhüte Blumen-Federn Weißwaren

sofort gesucht

Meldungen: 1-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co. Große Frankfurter Str. 113

Kassiererinnen!

Für unsere Filiale Wilmersdorfer Straße suchen wir eine Kassiererin, die bereits in größerer, lebhaften Betrieben tätig war. Persönliche Vorstellungen von 11-1 Uhr.

„Der Schuhhof“

Berlin W 9, Dönhofsstr. 11, vorn 4 Treppen.

Botenfrauen und Männer

werden zu den neuen, sehr stark erhöhten Löhnen eingestellt

Akretz, 174 (Roppen-Platz) Wilmersdorfer Str. 11

Bismarckstr. 42 Wilmersdorfer Str. 11

Dönhofsstr. 7 Wilmersdorfer Str. 11

Postdamer Str. 62 Wilmersdorfer Str. 11

Wilmersdorfer Str. 11